Donnerstag, 28. September 1922. **Einzelnummer 50 Mark.** 61. Jahrgang. **Nr. 219**

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 700.—
in den Ausgabestellen 750.—
durch Zeitungsboten 800.—
am Postamt . . . . 990.—
ins Ausland 100 deutsche Mk.

Fernsprecher: **4246**, 2273, 3110, 3249.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . 50.— M. Reklameteil 180.— M. Stellen-Gesuche und -Angebote . . 40.— M.

Für Aufträge aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil 10.— d. M. „ „ Reklameteil 36.— d. M.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Man dankt.

Die „Gazeta Poznańska", das Posener Organ der Stadtbürgerpartei, bespricht in seiner Nr. 220 den Leitaufsatz der Nr. 214 des „Posener Tageblattes" („Illusionspolitik"), sucht erneut nachzuweisen, daß Deutschland immer der Hauptfeind Polens gewesen sei, und fährt dann fort:

„Anders liegen die Dinge bezüglich der nationalen Minderheiten in Polen und bezüglich des Verhältnisses der Polen zu diesen Minderheiten. Was dieses Verhältnis betrifft, so verurteilen die gemäßigten Parteien, z. B. die Stadtbürgerpartei, die Ausrottungspolitik der Nationaldemokratie, die sowohl im Osten als auch im Westen mit dem Säbel rasselt, nicht nur gegenüber den Fremden, sondern auch gegenüber den Landsleuten, dadurch der polnischen Sache ungeheuer schadet und eine Politik betreibt, die im Widerspruch zu der ganzen Tradition der nationalen Toleranz steht. Diese Politik der Nationaldemokratie gegenüber den nationalen Minderheiten ist ins Polnische übersetzt die Politik der preußischen Hakatisten. Mit dieser dummen Politik, die den Deutschen soviel Schaden gebracht hat, sind die gemäßigten Parteien nicht einverstanden, sie wollen sowohl mit den Ukrainern als auch mit den Litauern und den Deutschen in Frieden leben. Durch diese kluge Politik der Toleranz haben unsere Vorfahren ganz Litauen, das ruthenische Gebiet, die deutsche Bevölkerung Preußens für sich gewonnen. Durch diese kluge Politik haben wir das sprachlich deutsche Danzig soweit gewonnen, daß es sich gegen die preußischen Eroberer energischer verteidigte als gegen die polnischen Magnaten, von denen so mancher für preußische Taler oder russische Rubel den Friedrichs, Katharinas usw. ihr Vaterland verkaufte. Wir wissen, daß die Deutschen, wenn sie keine Irredenta betreiben, ein sehr erwünschtes staatsbildendes Element abgeben können, und eine Tatsache darf jetzt schon mit Anerkennung hervorgehoben werden: Den Abgeordneten Hasbach und Genossen haben wir die Annahme des Senats zu verdanken. Wir sind also gegen die brutale Faustpolitik unserer Nationaldemokratie, die nicht nur den Linksblock, sondern auch den Block der nationalen Minderheiten geschaffen hat, der gegen die polnischen gemäßigten nationalen Parteien gerichtet ist. Die hakatistische Politik unserer Chauvinisten schadet der polnischen Sache um so mehr, als sie bei dummen und kurzsichtigen Leuten populär ist. Der Chauvinismus ist kein Patriotismus, er ist eine Karikatur des Patriotismus.

In den Ausführungen der „Gazeta Poznańska" ist Richtiges und Unrichtiges mit einander verquickt. Einiges von dem, was hier gesagt ist, darf aber mit Genugtuung hervorgehoben werden. Nämlich:

1. Das offizielle Posener Organ der Stadtbürgerpartei spricht sich gegen die „Ausrottungspolitik" der Nationaldemokratie aus, stellt fest, daß diese Politik der Tradition der nationalen Toleranz widerspricht und erklärt, daß die gemäßigten Parteien mit der „dummen Politik" der Nationaldemokratie gegenüber den nationalen Minderheiten nicht einverstanden sind.

2. Die „Gaz. Pozn." erklärt, daß die gemäßigten Parteien mit den Deutschen ebenso wie mit den Litauern und den Ruthenen in Frieden leben wollen.

3. Die „Gaz. Pozn." sieht in dem Minderheitenblock mit Recht eine Folge der „Faustpolitik der Nationaldemokratie".

4. Die „Gaz. Pozn." bekennt sich zu dem Satz, daß der Chauvinismus kein Patriotismus sei, — wohl aber eine Karikatur des Patriotismus.

5. Die „Gaz. Pozn." spricht die Ueberzeugung aus, daß die Deutschen ein sehr erwünschtes staatsbildendes Element sein können.

Zu dem an sich zweifellos richtigen letzten Satz scheint die „Gaz. Pozn." vor allen Dingen durch das Verhalten der Abgeordneten Hasbach und Genossen während der Abstimmung über die Senatsfrage gekommen zu sein. Dem Abgeordneten Hasbach und denen, die mit ihm für den Senat stimmten, wird hier sogar ganz ausdrücklich dafür gedankt. Es gibt vielleicht Leute, die der Ansicht sind, daß die von polnischer Seite ausgesprochene Anerkennung aus diesem Anlaß kein Grund zur Freude sei. Aber allen kann man es natürlich nicht recht machen.

Immerhin gibt der Dank der „Gaz. Poz." zu denken. Er erinnert daran, daß schon im bisherigen Sejm die deutschen Abgeordneten trotz ihrer geringen Zahl das Zünglein an der Wage sein und unter Umständen den Ausschlag geben konnten. Um wieviel mehr wird im künftigen Sejm der Minderheitenblock ein ernst zu nehmender, entscheidender Faktor sein müssen!

Die deutsch-polnischen Verhandlungen bisher ergebnislos.

Warschau, 23. September. Der Führer der polnischen Delegation für die deutsch-polnischen Verhandlungen, Olszowski, äußerte einem Vertreter einer hiesigen Nachrichten-Agentur gegenüber, daß die bisher in Dresden noch geführten Verhandlungen über die Frage des Transits nach Sowjetrußland, die Frage der Kriesnoten und die Frage der Rückerstattung **noch zu keinem Ergebnis** geführt hätten. Olszowski erklärte jedoch, daß beide Parteien eine möglichst baldige Verständigung anstreben, und die Verhandlungen bereits einen konkreten Charakter angenommen hätten.

Die Lösung des Orientproblems.

Die Ruhe in Europa ist gesichert.

Paris, 26. September. Lord Curzon hat am Sonntag um 12 Uhr mittags Paris verlassen und ist nach London zurückgekehrt. Dem Berichterstatter der Radio-Agentur gegenüber hat er sich folgendermaßen geäußert: „Ich bin sehr, sehr zufrieden mit meinem Aufenthalt in Paris. Wenn Sie mich fragen, welches meine Eindrücke hier gewesen sind, so werde ich Ihnen antworten, es sind keine Eindrücke mehr, es sind mehr als Eindrücke und Hoffnungen. Sie werden sehen, daß die Akkorde, zu welchen wir hier die Grundlagen gelegt haben, in steter Entwickelung sind und daß die Ruhe in Europa sozusagen gesichert ist."

Befriedigung über das Orientergebnis in Italien

Mailand, 26. September. (Tel.-Un.) Die in den Orientverhandlungen erzielte Einigung unter den Alliierten wird in der gesamten italienischen Öffentlichkeit mit lebhafter Befriedigung aufgenommen.

Geteilte Aufnahme in der Schweiz.

Basel, 26. September. (Tel.-Un.) über die Aufnahme der Pariser Orientvereinbarungen schreibt der Genfer Sonderberichterstatter der „Baseler Nachrichten" u. a.: „Man weiß hier nicht recht, ob man sich über den Pariser Orientbeschluß freuen soll, weil er die Unentbehrlichkeit des Völkerbundes zeigt, oder ärgern, weil er den Völkerbund ungefragt in ein schwieriges Problem verwickelt. Die Ententemächte wollen den Orientfrieden ohne Einmischung des Völkerbundes machen, wollen diesem aber die Verantwortung für die wichtigsten Ergebnisse dieses Friedens, den sogenannten Frieden der Meerengen, und den Schutz der christlichen Minderheiten aufladen. Beides sind höchst ehrenvolle, aber schwierige Aufgaben."

Beschießung von Mytilene und Chios.

Paris, 26. September. Der „Neuyork Herald" meldet aus Konstantinopel, daß kemalistische Flugzeuge die Inseln Mytilene und Chios bombardiert hätten.

Eine Proklamation Kemals an das türkische Volk.

Smyrna, 26. September. Kemal Pascha hat folgende Proklamation an das türkische Volk gerichtet: „Edle türkische Nation! Wir sind siegreich. Unser Sieg ist einzig und allein Dein Werk. Bisher hat der Feind mehr als 100 000 Mann an Toten und Gefangenen verloren. Große und edle Nation! Dein siegreiches Heer grüßt Dich vom Strande des Mittelmeeres."

Türkische Kavallerie in der neutralen Zone.

Paris, 26. September. (Tel.-Un.) Aus Konstantinopel liegt die Nachricht vor, daß türkische Kavallerie vorgestern bei Tschanak in die neutrale Zone eingedrungen sei und daß zwischen dem englischen General und türkischen Unterhändlern Verhandlungen gepflogen worden seien.

Der englische Konsul hat Smyrna verlassen.

Paris, 27. September. Gestern nachmittag ist in Paris bekannt geworden, daß der englische Konsul in Smyrna die Stadt verlassen und sich an Bord eines englischen Kreuzers begeben hat, und daß alle englischen Offiziersfrauen, darunter die Gattin des Generals Harrington, von Konstantinopel abgereist sind. Diese Nachrichten werden hier als ernste Symptone bezeichnet. In französischen Militärkreisen wird die Lage noch weniger optimistisch beurteilt als am Quai d'Orsay. Man habe dazu Grund, da Pillet, der französische Oberkommissar in Konstantinopel, den Ernst der Lage in seinen laufenden Berichten stark betont habe. In der Türkei ständen zur Zeit etwa 8 000 Franzosen, 2 000 Italiener und 12- bis 15 000 Engländer. Diese Streitkräfte würden gegen die Grenze vorgehen, falls Mustafa Kemal die Vorschläge der Verbündeten zurückweise oder einen Vorstoß auf die europäische Seite versuchen sollte. Der „Temps" äußert sich im Leitartikel sehr vorsichtig. Er meint, man werde ohne Verkennung der zahlreichen Schwierigkeiten, die noch zu überwinden sind, die Lage mit einem gewissen Vertrauen beurteilen. Das Blatt findet es wunderlich, daß König Konstantin und seine Umgebung noch nicht die Hoffnung aufgegeben haben, die Lage zu ihren Gunsten wiederherzustellen, und sogar an eine militärische Verteidigung von Thrazien zu denken scheinen. Die Meldungen, nach denen die Regierung beschlossen haben soll, einen Appell an Venizelos zu richten, werden energisch dementiert.

Neue Zuspitzung der Lage.

Konstantinopel, 27. September. Der Großwesir des Konstantinopeler Kabinetts, Fessi, der Minister des Auswärtigen, Ussed, und der Innenminister Sadi überreichten dem Sultan ihre Demission. Man steht vor der Bildung eines nationalistischen Kabinetts und vor der Entthronung des Sultans, dem wahrscheinlich der Kronprinz auf den Thron folgen wird. Kemals Anhänger in Konstantinopel erklären die in Paris revidierten Friedensbedingungen für unzureichend. Mit einem etwaigen Vormarsch der Kemalisten auf Konstantinopel muß gerechnet werden.

Ernste Auffassung in Paris.

Paris, 27. September. In hiesigen politischen Kreisen wird die Lage erneut sehr ernst beurteilt. Auch an der Börse herrscht Pessimismus. Am Quai d'Orsay wurde den französischen Pressevertretern erklärt, daß es die beste Lösung wäre, wenn auch die Engländer nunmehr ihre Truppen von der asiatischen Dardanellenseite zurückziehen würden. In hiesigen englischen Kreisen hält man dies jedoch für ausgeschlossen. Man betont, daß die Auslieferung des asiatischen Ufers der Meerengen an die Türkei mit der englischen Auffassung von der Freiheit der Meerengen nicht zu vereinbaren sei und äußerst zuversichtlich die Erwartung, daß im Falle eines türkischen Angriffs auf eine der neutralen Zonen, zu denen auch das asiatische Dardanellenufer gehört, auch Frankreich und Italien ihre Streitkräfte zur Verteidigung landen würden.

Ernste Stimmung auch in London.

London, 27. September. Meldungen aus Konstantinopel, die bei der Regierung eingetroffen sind, geben Anlaß, die Frage der Entwicklung der Ereignisse sehr ernst aufzufassen. Lloyd George hat abermals Downing Street beauftragt, weitere Nachrichten und Erkundigungen in Konstantinopel einzuholen. Bisher liegt noch keine offizielle Antwort Kemal Paschas vor. Gestern Abend wurde hier bekannt, daß trotz des Optimismus, den die Londoner Regierung gegenüber dem erneuten Einbruch türkischer Kavallerie in die neutrale Zone an den Tag legt, diese Nachricht einen gewissen Schatten auf die erwartete Antwort Kemal Paschas in parlamentarischen Kreisen geworfen habe. Die Vertreter der britischen Regierung in Konstantinopel, ebenso wie der Oberbefehlshaber der See- und Landstreitkräfte versuchen alles, um mit Kemal Pascha in Verbindung zu treten. Der „Matin" berichtet aus London, daß trotz des in Paris abgeschlossenen Akkords zwischen den Verbündeten und der Besserung der Lage, die daraus hervorgeht, die von der englischen Regierung gegebenen Befehle zur Absendung von Verstärkungen nach dem Orient nicht widerrufen worden sind. Es heißt sogar, daß sie nicht widerrufen werden, und es gehen nach wie vor, Bataillone und Material nach Kleinasien ab. Heute werden drei neue Bataillone eingeschifft. Die Bataillone werden sofort nach ihrer Ankunft in der Türkei zu einer einzigen Brigade zusammengefaßt, der auch die bereits am letzten Freitag abgegangenen Kontingente angeschlossen werden. Weiter ist ein großer Transportdampfer gestern in Gibraltar angelaufen und wird mit den Batterien nach Malta weiterfahren. Dort wird er ebenfalls Geschützmaterial aufnehmen und sich dann nach dem Orient begeben. Das Blatt fügt hinzu, daß man in diplomatischen Kreisen der Entente nicht begreife, aus welchem Grunde England fortfahre, Verstärkungen nach dem Orient zu entsenden, und man fragt sich, ob Lloyd George, der sich weigere, die gegebenen Befehle zu widerrufen, nicht Hintergedanken habe.

Vor den Sejmwahlen.

Die Listen des Blocks der Minderheiten.

Nach dem „Kurjer Polski" hat das Wahlkomitee des Blocks der Minderheiten schon grundsätzlich die Reihenfolge der Kandidaturen ebenso auf der Staatsliste wie auch auf den Bezirkslisten festgesetzt, jedoch nur im Gebiete des ehemals russischen Anteils. Kleinpolen, Großpolen, Pommerellen und Schlesien sind nicht einbegriffen in die Verabredung, und wahrscheinlich wird es dort überhaupt nicht zu einer Verständigung kommen. Die deutschen Bezirkslisten im ehemals preußischen Anteil und die jüdischen in Kleinpolen erklären jedoch ihren Beitritt zu der Staatsliste für die Minderheiten.

Soweit nicht im letzten Augenblicke noch Änderungen vorgenommen werden, wird die Ordnung der Kandidaten auf der Staatsliste für den Sejm die folgende sein: 1. ein Jude, 2. ein Deutscher, 3. und 4. Slawen (Weißrussen, Ukrainer und Russen stellen im Minderheitsblock eine gemeinsame engere Gruppe unter dem Namen „Slawen" dar), 5. Jude, 6. Deutscher, 7. Jude, 8. und 9. Slawen, 10. Jude, 11. Deutscher, 12. Slawe, 13. Jude, 14. Slawe usw. Die aufgezählten Plätze auf der Staatsliste gelten als tatsächlich zu erlangende.

In den Wahlbezirken Lodz-Stadt (13), Petrikau (18), Kalisch (16), Plock (9), Konin (15) kandidiert an erster Stelle ein Jude, an zweiter ein Deutscher, hingegen in den Bezirken Lodz-Land (14) und Wloclawek (10) steht an erster Stelle der Deutsche, an zweiter der Jude. In Bialystok (5) und Wilna (63) ist der erste Jude, der zweite ein Weißrusse, in Pinsk (60), Lida (62) und Grodno (6) der erste ein Weißrusse, der zweite ein Jude, in Brest-Litowsk (59) der erste und zweite Weißrusse, der dritte Jude, in Nowogrodek (61) die drei ersten Weißrussen, der vierte Jude, in Lublin (26) und Łuck (57) der erste ein Ukrainer, der zweite ein Jude. Im allgemeinen haben in Wolhynien die Juden und Deutschen je ein Mandat sicher.

Die jüdischen Kandidaturen zum Senat werden in Bialystok, Lublin und Warschau an erster Stelle aufgestellt, in Wilna, Łuck und Lodz an zweiter Stelle, in Brest-Litowsk an dritter. Die Deutschen haben die erste Stelle in Lodz (Dr. v. Behrens) und auf der Staatsliste (Abg. Hasbach). Die Weißrussen in Wilna, Nowo-Grodek und Brest, die Ukrainer in Łuck. Die zweite Stelle haben die Ukrainer in Lublin, Brest und Łuck, sowie auf den Staatslisten.

Der Ministerpräsident zur Lage Polens.

Wien, 25. September. Die „Neue Freie Presse" bringt eine ausführliche Unterredung seines Warschauer Korrespondenten mit dem Ministerpräsidenten Nowak. Der Ministerpräsident bemerkte am Eingange seiner Unterredung, daß Polen dem Schicksal Österreichs bei weitem nicht gleichgültig gegenüberstände, da Polen streng auf dem Boden des Vertrages von St. Germain stehe, der Österreich völlige Unabhängigkeit garantiert. Dieses ist in wirtschaftlicher Hinsicht von größter Bedeutung, da Österreich unsere landwirtschaftlichen Produkte benötigt, andererseits aber an Polen zahlreiche Artikel seiner Industrie liefert. Auf die Anfrage des Korrespondenten bezüglich der Teuerung in Polen erklärte der Ministerpräsident, daß diese Teuerung eine vorübergehende Erscheinung darstelle, die sich überall bemerkbar mache. Man könne jedoch mit größtem Vertrauen die Hoffnung hegen, daß die Verhältnisse sich bessern werden. Die diesjährige Ernte in Polen war außergewöhnlich günstig, so daß die Verpflegungsfrage gelöst ist. Die hervorragende Kartoffelernte ermöglicht eine ausgedehnte Viehzucht und die Ausfuhr von Vieh nach dem Auslande. Auch die verstärkte Zucht von Kleinvieh ermöglicht eine Ausfuhr nach dem Auslande. In der Angelegenheit der Innenpolitik bemerkte Ministerpräsident Nowak, daß Polen im Zeitraum der Wahlen zum Sejm und Senat steht. Die Regierung hat schon alles unternommen, um ihre Aufgaben objektiv durchführen und der Bevölkerung Ruhe und Ordnung während der Wahlen zu verbürgen. In der Angelegenheit Ostgaliziens beharrt die Regierung ebenfalls unerschütterlich auf dem Standpunkt, auch in diesem Teil Polens Wahlen durchführen zu lassen.

Die achtprozentige innere Anleihe.

Warschau, 23. September. Die für heute angesagte Sitzung der Kommission für auswärtige Angelegenheiten wurde auf Dienstag, den 26. d. Mts., verlegt.

Die Kommission für den Staatshaushalt besprach den Plan einer Regierungsverordnung über die 8prozentige innere Anleihe. Das Referat hatte der Abg. Weinzieher. Nach erschöpfender Besprechung des Planes der Regierung wurden folgende Änderungen vorgeschlagen: 1. Die Höhe jeder Emission bestimmt der Ministerrat auf Antrag des Schatzministers. 2. Die Bedingungen der Emission bestimmt der Schatzminister. 3. Die Coupons ebenso wie die Obligationen selbst werden bezahlt werden nach dem Kurs der Warschauer Börse, aber nicht nach dem des letzten Tages vor dem Zahlungstermin, sondern nach dem Durchschnittskurs des letzten Monats. 4. Hinzugefügt werden muß ein neuer Artikel, nach dem der Schatzminister das Vorkaufsrecht ausübt, mit sechsmonatiger Kündigung, jedoch nicht früher als nach Ablauf von drei Jahren vom Datum der Emission.

Die Abgeordneten Wojdaliński und Majewski schlugen eine Abänderung des Art. 3 vor, in welchem ausgesprochen ist, daß die Goldanleihe garantiert ist durch den ganzen Goldvorrat des Staatsschatzes in der Weise, daß sich diese Garantie erstrecken soll auf den ganzen Besitz des Staates. Dieser Antrag fiel durch. Die folgende Sitzung der Kommission findet am Montag statt.

Sejm.

(Schluß.)

Die Montagssitzung.

Nachdem ein weniger wichtiges Finanzgesetz in zweiter und dritter Lesung angenommen worden war, referierte Abg. Godek über die Novelle zum Agrarreformgesetz vom 15. Juli 1920. Danach handelt es sich darum, die

Liquidierung deutschen Besitzes

in den Ostmarken, zu der Polen durch den Versailler Vertrag ermächtigt ist, zu beschleunigen. Die Durchführung dieser Liquidation würde große Gebiete, die bisher in deutschem Besitz waren, in polnische Hände geben. Der polnische Fiskus ist nicht in der Lage, die dafür notwendigen Summen anzuweisen. Das Recht der Enteignung für Zwecke der Agrarreform soll auf längere Zeit auf die aus deutschen Händen ausgekauften Güter nicht angewandt werden. Der Landwirtschaftsausschuß hatte sich gegen die Lücke im Gesetz über die Durchführung der Agrarreform erklärt und legt nun eine Novelle mit einer entsprechenden Änderung vor. Die Novelle wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Dann geht man zum Gesetz betreffend die Kontrolle über die Staatsschulden über. Der Berichterstatter ist Abg. Loewenstein. Im Sinne der Verfassung überweist das Gesetz die Kontrolle über die Staatsschulden einem Sonderausschuß, der sich aus 7 Mitgliedern und drei Stellvertretern, die vom Sejm und Senat gewählt werden, zusammensetzt. Ihre Funktionen verrichten sie ohne Entgelt und sind vor dem Sejm bezw. dem Senat verantwortlich. Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Abg. Weinzieher referiert das Finanzgesetz über die weitere

Ausgabe von Banknoten

und über die Aufnahme eines Kredits in der Polnischen Landesdarlehnskasse. Nach einer Schilderung des Schuldenstandes in den einzelnen Monaten ergreift Abg. Radziszewski das Wort zu sehr beachtenswerten Ausführungen. An die Programmrede des Finanzministers anknüpfend, erklärt er, daß man angesichts der katastrophalen Lage ein umfassendes und ernsthaftes Sanierungsprogramm hätte erwarten können. Der Redner gibt dann drei Wege an, um nicht Gefahr zu laufen, in den lauernden Abgrund zu stürzen: 1) Ausgiebige Erhöhung der Steuern, 2) Aufnahme einer Auslandsanleihe, 3) ein für alle Male dem Finanzministerium das weitere Drucken von Banknoten unmöglich zu machen. In längeren Ausführungen entwickelt Abg. Radziszewski seine in den drei oben genannten Punkten zusammengefaßten Ansichten und erklärt, daß er gegenüber den Plänen des Finanzministers einen negativen Standpunkt einnehmen müsse. Dann bespricht der Redner den Haushaltsplan für das laufende Jahr, das in seinen Ausgaben schon das Gebiet der astronomischen Zahlen beschreitet, weiter das Verhältnis der Mark zu den Auslandsvaluten und stellt fest, daß das Drucken von Banknoten mit wahnsinniger Geschwindigkeit zunehme. Schließlich kommt Abg. Radziszewski zu folgenden Schlußausführungen:

Eine solche Wirtschaft gibt es in der ganzen Welt nicht, mit Ausnahme von Bolschewien. Alle Staaten hören auf, neue Emissionen anzuordnen. Frankreich z. B. ist bemüht, seine Schuld in der Emissionsbank zu verringern. Und wir sollen für eine neue Emission stimmen! Gegenüber einer solchen Wirtschaft werden wir gegen die eingebrachten Finanzentwürfe stimmen. Nachdem dann noch der Abg. Weinzieher das Wort ergriffen hatte, um gegen die Ausführungen seines Vorredners zu polemisieren, wird das Gesetz über eine weitere Emission mit 125 gegen 73 Stimmen angenommen. Dann wird das Gesetz auch in dritter Lesung angenommen.

Dann spricht Abg. Buzek über die neue polnische Münzeinheit, deren Bedeutung im Zusammenhang mit der inneren Anleihe liegt, die zur Hälfte auf „Goldfranken", zur andern Hälfte auf polnische „Złoty" lauten soll, die mit dem Goldfranken paritätisch sind. Nach dem Gesetz entsprechen 900 Gramm reinen Goldes 3100 Gramm polnischer „Złoty".

Abg. Weinzieher referiert über das Gesetz über die achtprozentige Goldanleihe, zu der Polen Zuflucht nehmen müsse, da keine andere Form von Anleihen von Erfolg wäre. Die Anleihe sei nicht allein auf dem Patriotismus und dem guten Willen der Bürger aufgebaut, sondern sei ein gutes Geschäft für den Käufer.

Nach längeren Ausführungen des Abg. Diamant schlägt dann Abg. Majewski eine Änderung des Art. 3 des Anleihegesetzes vor. Danach soll der genannte Artikel folgendermaßen lauten: „Die achtprozentige Goldanleihe wird durch das Gesamtvermögen der Republik garantiert."

Zum Schluß wurden in zweiter und dritter Lesung folgende Gesetze angenommen: 1. Besoldung der Richter und Staatsanwälte und Alterszulagen sowie Dienstzulagen für andere Beamtenkategorien, 2. Erhöhung des Stammkapitals der Landwirtschaftsbank von 200 Millionen auf 5 Milliarden, die von der Regierung innerhalb von 2 Jahren ratenweise abgezahlt werden.

Die Dienstagsejmsitzung.

Abg. Uziembło referierte über die Ratifizierung der Abänderungen zu einigen Artikeln des Völkerbundvertrages. Es handelt sich um die Ratifizierung von Verbesserungen, welche der Völkerbund in die Statuten des Bundes übernahm. Diese Verbesserungen führen keine grundsätzliche Änderungen ein. Sie bestimmen die Art der Wahl von ständigen Mitgliedern zum Völkerbundrat, die Teilnahme von Mitgliedern im Völkerbundrat usw. Das Gesetz wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Nach dem Referat des Abg. Diamand wurde in zweiter und dritter Lesung das Gesetz über die Ratifizierung des Handelsabkommens mit Österreich angenommen, welches den Transit, den gemeinsamen Handel und die Zulassung von Handelsagenten betrifft.

Nach dem Referat des Abg. Kamieniecki wurde in zweiter und dritter Lesung das Gesetz über die Ratifizierung des Vertrages mit den Großmächten in der Angelegenheit Memels angenommen.

Daraufhin wurde in dritter Lesung das Gesetz über die Zuerkennung von Belohnungen für die Bekämpfung des Schmuggels angenommen.

Man trat dann in die Abstimmung über die

Finanzgesetze

ein. Beim Gesetz über den polnischen Złoty wurde die Verbesserung des Abg. Diamand bezüglich der Gleichstellung des polnischen Złoty mit einem Zehntel Franc abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurde eine zweite event. Änderung dieses Abgeordneten bezüglich der Gleichstellung eines polnischen Złoty mit einem halben Franc.

Endlich wurde dieses Gesetz einschließlich der Verbesserung des Berichterstatters in zweiter und dritter Lesung angenommen. In der Abstimmung über das Gesetz bezüglich einer 8prozentigen Goldanleihe wurde die Verbesserung des Abg. Diamand welche dem Art. 1 die Worte „bis zur Höhe von 100 Milliarden" hinzufügt, abgelehnt. Die Verbesserung des Abg. Majewski nach der Art. 3 statt der Worte „gesichert durch den Vorrat an Edelmetall in der polnischen Landesdarlehnskasse" stehen solle: „gesichert durch das Vermögen der Republik Polen", wurde mit 104 gegen 68 Stimmen angenommen. Darauf erfolgte die Annahme des gesamten Gesetzes in zweiter Lesung. Es folgte die dritte Lesung dieses Gesetzes.

Finanzminister Jastrzębski erklärt: Leider können sich die Abgeordneten über die Verbesserungen des Abg. Majewski nicht einig werden. Für den Fall ihrer Annahme in dritter Lesung ziehe ich das Gesetz zurück, da ich ihm dann keine Bedeutung mehr beimesse. **Die Rechte hat alles getan, um dieses Gesetz und die Anleihe zunichte zu machen.** Man redete gestern sehr viel von einer Auslandsanleihe. Ich bin kein Gegner einer Auslandsanleihe, glaube jedoch nicht, daß wir eine solche so leicht erhalten würden. Darauf berichtigt der Redner eine in der vorgestrigen Ansprache des Abg. Radiszewski abgelegte Erklärung, und an die Notiz anknüpfend, die vor einigen Wochen in den Zeitungen der Rechtsparteien gestanden hatte, nach der der Devisenvorrat in der polnischen Landesdarlehnskasse sich ständig verringere, stellt der Redner fest, daß dieses Gerücht nicht der Wahrheit entspreche.

Abg. Osiecki brachte einen Antrag bezüglich der Wiederherstellung des Art. 3 dieses Gesetzes im früheren Wortlaut ein. Dieser Antrag wurde mit 154 gegen 117 Stimmen angenommen. (Beifall auf der Rechten.) Darauf wurde das gesamte Gesetz in dritter Lesung angenommen.

Nach dem Referat des Abg. Seyda wurde in dritter Lesung das Gesetz in der Angelegenheit der Spółka Bracka in Oberschlesien und der deutsch-polnische Vertrag bezüglich der Verwaltungsfragen in Oberschlesien ratifiziert. In dritter Lesung wurde darauf ein Gesetz über die Ratifizierung der Pariser Konvention über den Automobilverkehr angenommen. Man trat in die Beratungen über das Gesetz bezüglich amtlicher Veröffentlichungen in Oberschlesien ein. Dieses Gesetz führt den polnischen „Orędownik" in Oberschlesien ein. Das Gesetz wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen. Ebenfalls in zweiter und dritter Lesung wurde ein Gesetz angenommen, welches das österreichische Gesetz über das Sprachverfahren vom Jahre 1873 abändert. In Verbindung hiermit wurde eine Entschließung angenommen, die im Dringlichkeitsantrag des Abg. Federowicz enthalten ist und die der Regierung empfiehlt, den Bürgern Ostgaliziens, die in der Zeit von Anfang August infolge von Brandschäden Verluste erlitten, jede mögliche Hilfe und die notwendigen Erleichterungen erteilt werden sollen, insbesondere aber ist eine ergiebige Kredithilfe von nöten, die ihnen mit möglichster Beschleunigung den Wiederaufbau ihrer Wirtschaft ermöglicht. Darauf wurde in dritter Lesung ein Gesetz über die Rechtsfolgen bezüglich der Verschweigung eines Teiles des Kauf- oder Austauschpreises in Verträgen angenommen. In zweiter und dritter Lesung wurde die Novelle zum Gesetz vom 29. Juli 1919 bezüglich der Zusagen des Verkaufs von ländlichen Immobilien angenommen. Die Novelle, nach der Pächter von Grundstücken mit Gebäuden im Umkreis von Städten, Städtchen, Dörfern und Ansiedlungen im Wilnaer Gebiet und der Wojewodschaft Białystok nicht exmittiert werden können, wurde ebenfalls in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Man ging dann zur Besprechung des Antrages des Abgeordneten Woźnicki bezüglich der Festlegung des Verfassungstextes in den Artikeln 66 und 72 über. Der Kommissionsbeschluß wurde einmütig angenommen. Weiter wurde über die Selbstverwaltung in den Wojewodschaften Stanislau, Lemberg und Tarnopol beraten. Referent war Abg. Halban, der bemerkte, daß zwischen der Regierungsvorlage und der Vorlage der Kommission gewisse innere Unterschiede bestehen. Das Sejmgesetz vom 26. Juli fordert ein Gesetz über eine allgemeine Selbstverwaltung mit besonderer Berücksichtigung der übergangenen Wojewodschaften. Angesichts dessen beschloß die Kommission, auch über den Regierungsantrag wie über den Entwurf des Abg. Chądzyński zu beraten. Ein besonderer Nebenausschuß bearbeitete einen neuen Entwurf, der gegenwärtig Beratungsgegenstand bildet.

Abg. Niedziałkowski: Unser Autonomieentwurf ist ein anderer als der Entwurf des Verfassungsausschusses. Der Kommissionsentwurf hat sein Ziel verfehlt. Er schuf eine künstliche Teilung dieses Gebiets in drei Sondergebiete und zerschlägt den sozialen Organismus. Der einzige Weg zur Regelung der ostgalizischen Frage ist die Sicherung einer solchen Forderung, welche aufrichtig die Neigung der ukrainischen Bevölkerung zu Polen stärkt. An eine Assimilierung glaube ich nicht. Die Aufgabe beruht darin, daß man das ukrainische Volk in den Grenzen Polens, mit Polen nicht durch Massengewalt, sondern nur durch herzliches Entgegenkommen gewinnen kann. Ein Versuch unsererseits war der Entwurf der territorialen Autonomie. **Es geht um die Schaffung solcher Verhältnisse, in denen die Minderheiten sich wohl fühlen und frei entwickeln können.** Den Weg der Repressalien und der Entnationalisierung kann man heute nicht mehr beschreiten.

Abg. Buzek erklärt, daß die Minderheit die Wiederherstellung des Art. 5 im Wortlaut des Regierungsentwurfes fordere.

Abg. Chomiński spricht sich über die territoriale Autonomie im Sinne des Antrags Niedziałkowski aus.

Abg. Głąbiński: Vor den Sommerferien forderte der Sejm die Regierung auf, daß besonders die Frage Ostgaliziens besprochen werden solle, da wir wünschen, daß die Bevölkerung dieses Landes zu den Beschlüssen zugelassen werden, nach denen dort Wojewodschaftslandtage gebildet werden sollen, die es dort nicht gibt, und daß man der russischen Bevölkerung zeigt, daß wir an ihre Benachteiligung nicht denken. Die Regierung paßte sich dieser Aufforderung nicht an, sondern brachte einen Entwurf ein, der sich einschließlich auf drei Wojewodschaften bezieht. In der Regierung war gesagt, daß der Entwurf dieser Autonomie allen Staaten zur Begutachtung vorgelegt werden solle und daß die Regierung erst auf der Grundlage dieses Entwurfs sich um die Anerkennung der souveränen Rechte Polens zu diesen Wojewodschaften durch andere Staaten bemühen solle. Auf einen solchen Standpunkt können wir nicht eingehen. Wir müssen von der Annahme ausgehen, daß diese drei Wojewodschaften einen integralen Teil Polens bilden, und vor allem dürfen wir dieses selbst nicht in Frage stellen. Ich verstehe, daß fremde Staaten diese Zugehörigkeit in Frage stellen, da im Vertrage gesagt wurde, daß die Ostgrenze Polens später von den Alliierten festgelegt werden soll. Auch verstehe ich, daß es in unserer Absicht liegt, daß diese Angelegenheit auch von anderen Staaten geregelt wird. Wir sind dafür, daß alles getan wird, was getan werden muß, um diese Angelegenheit auch durch die Verbandsmächte klären zu lassen. Wir können es nicht dulden, daß die Konferenzen anderer Staaten unsere Rechte auf Ostgalizien anzweifeln. Darum fordern wir, daß die Angelegenheit der wojewodschaftlichen Selbstverwaltung dieser Gebiete mit dem Grundsatz der wojewodschaftlichen Selbstverwaltung im ganzen Lande verknüpft wird. Darauf bespricht der Redner ausführlich den Entwurf und polemisiert über die Ausführungen des Abg. Niedziałkowski; er erklärt: Wir Polen sind, wenn wir die nationale Frage anschneiden, gewöhnlich bereit, auf alles zu verzichten, wir denken vor allem an andere (Wirklich? Die Red.) und vergessen dabei die Größe Polens. Der Abgeordnete behauptet, daß eine solche Politik, wie sie Polen betreibt, zur Abtrennung führt. Wir stellen das Gegenteil fest. Ein solches Programm, wie das des Herrn Abg., führt zur Abtrennung. Wir sind bereit, uns mit dem Entwurf der Kommission einverstanden zu erklären, obwohl er uns nicht ganz zusagt.

Abg. Szipper hält den Charakter des Gesetzes für unreal, da es die wichtigsten Fragen, die in Zukunft beschlossen werden sollen, enthält und will da das Gesetz erst in zwei Jahren in Kraft treten soll. Der Redner spricht sich gegen den Entwurf aus. Der Marschall schloß darauf die Sitzung und teilte den Abg. mit, daß er im Einvernehmen mit dem Ältesten-Ausschuß beabsichtige, den gegenwärtigen Sejm noch einmal zu einer feierlichen Schlußsitzung am Vortage der Versammlung des neuen Sejm zusammenzurufen.

Aeltestenausschuß.

Die Dienstagssitzung.

Am Dienstag, 10 Uhr vormittags, fand eine Sitzung des Aeltenstenausschusses statt. Die Sitzung war einberufen worden, um die

Besoldung der Beamten

zu erörtern. Die eingebrachten Anträge waren folgende: 1) Antrag des Finanzministers, die Erledigung der Angelegenheit der

Danziger Kurse vom 27. September.

Die polnische Mark in Danzig ...... 17½—17¾
Der Dollar in Danzig .... 1530—1550
Tendenz: für Westdevisen fest, für Polenmark schwächer.

Magnus Wörland und seine Erben.

Roman von Günther von Hohenfels.

(34. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Der einzige, der fast täglich einmal vorsprach, war Justizrat Schuhmann. Der Seelenhausarzt, so nannte ihn Wörland mit wehmütigem Scherz! Sie saßen wieder einmal einander gegenüber. „Wörland. Sie machen ein freudigeres Gesicht, gute Nachricht?" — „Magna hat geschrieben."

„Nun?" — „Ach, wäre doch der Zweifel von meiner Seele genommen! Es klingt so gut, was sie schreibt." — „So zweifeln Sie nicht!" Wörland schritt auf und nieder. „Justizrat, sie haben gearbeitet drüben!" — „Natürlich!" — „Sie schickt mir ein ganzes Exposé. Magnus hat es geschrieben, wenn sie auch nichts davon erwähnt; ich kenne seine Handschrift. Klug! Sehr geschickt! Wirklich! Sie haben drüben Verbindungen gesucht, das ganze Land bereist; sie haben durch einen höheren Regierungsbeamten manches erreicht. Lesen Sie selbst."

Er gab den Brief, es war ein umfangreiches Paket, zwei getrennte Aktenstücke: „Plan zu einer Besiedlung im Rio-Negro-Gebiet durch deutsche Ansiedler. Die Regierung ist bereit, ein großes Areal in der Gegend des Rio-Negro für eine deutsche Kolonie zur Verfügung zu stellen. Der Preis beträgt etwa eine Million Peso, das Hektar zu zwölf Peso gerechnet. Das wären allerdings nach dem jetzigen Kurse fast neun Millionen Mark. Aber der Staat ist bereit, um diese Gebiete der Ansiedlung zu erschließen, wenn eine kapitalkräftige Gesellschaft etwa unter Leitung der Reederei Wörland an die Spitze tritt, das Kaufgeld zu stunden und eine längere Reihe von Jahren mit den Zinsen vorlieb zu nehmen. Die Gegend ist vorzüglich; gute Weiden für Viehzucht im großen, Wein und Obst gedeihen, das gemäßigte Klima läßt alle Feldfrüchte der gemäßigten Zone zu. Der Rio Negro ist schiffbar, eine Eisenbahn führt nach dem Hafen Bahia Blanka. Wenn wir das Kapital einschießen, das für die Anlage von Wohnstätten und Maschinen erforderlich ist, und die Auswanderung in richtige Bahnen lenken, könnten hier Tausende von notleidenden Deutschen eine neue Heimat finden. Für den einzelnen ist jetzt die Auswanderung schwer, das erforderliche Kapital zu groß. Für Kaufleute wenig zu machen; für Handwerker schwer, weil die einheimischen Kräfte billiger und anspruchsloser arbeiten; aber der Landwirt hat große Aussichten, zumal im Großbetrieb."

Es folgten genaue Daten, Pläne der Kolonie, Berechnungen. Überall war in den beigelegten Schriftstücken der Regierung, der Konsulate und der Privatbesitzer, die benachbart waren und Gutachten abgaben, erwähnt: „Bezugnehmend auf die Vorschläge des Herrn Magnus Wörland junior — —" Der Justizrat sah auf. „Was habe ich gesagt? Er macht sich, er macht sich!" — „Und doch, es ist auf Lügen aufgebaut, wie kann —" — „Wörland, nun seien Sie kein Kind!" — „Übrigens ist es nicht alles. Es scheint, daß er den Süden bereist hat und Magna den Norden des Landes. Sie schreiben ja von Persönlichem fast gar nichts — —" — „Aber warum?" Wörland lief auf und nieder: „Ich habe es ihnen verboten!" — „Rabenvater!" — „Sie verstehen mich nicht! Und in unserer Sache haben wir nichts erreicht! Ein halbes Jahr nichts und nichts! gar nichts! Niedergeschlagen ist die Sache! Niedergeschlagen wegen Mangels an Beweisen! Das ist nichts! Nicht sehen lassen kann er sich in Deutschland. Schämen müßte ich mich vor der argentinischen Regierung, wenn man drüben ahnte, in welchem Verdacht der Juniorchef steht. Nicht einmal freuen kann ich mich!"

Der Justizrat nahm das andere Aktenstück. „Schiffahrtsgesellschaft auf dem Parana zur weiteren Erschließung der Holzschätze des Gran Chaco." — „Das hat Magna verhandelt." — „Unter gewissen Voraussetzungen würde die argentinische Regierung eine Anzahl der Schiffe der Wörlandlinie, die seinerzeit beschlagnahmt wurden, freigeben, wenn diese ausschließlich für den Verkehr zwischen Argentinien und Europa und gleichzeitig für die Beschiffung des Parana verwandt würden. Der ungeheure Reichtum des Gran Chaco an harten Edelhölzern, die Möglichkeiten, durch geschickte Kolonisation die gerodeten Teile der Kultur dienstbar zu machen; die Breite des Parana, an dessen Ufern das 500 000 Kilometer große Waldgebiet beginnt, allerdings kein Land für deutsche Einzelansiedler, sondern für Großunternehmungen mit einheimischen, klimagewohnten Arbeitern; die Schiffe müßten vorläufig unter argentinischer Flagge fahren, könnten auch dem Auswandererverkehr dienen —"

„Eine jedenfalls tausendmal bessere Sache, als damals der amerikanische Schwindelplan!" — „Sicher, und über die Flagge würde sich reden lassen. Schuhmann, das könnte ein neuer Aufschwung sein. Beides vereinen, ein Konsortium, an der Spitze Wörland, die Speicher wieder voll. Wir brauchen das gute Holz, und es scheint der argentinischen Regierung an unserem Absatzgebiet zu liegen. Warum auch nicht, sie waren auch während des Krieges nicht deutschfeindlich, bis auf einige Hetzer. Es wäre Arbeit, und Arbeit ist Leben!" — „Das richtigste wäre, Sie reisten mit dem nächsten Schiff nach Buenos Aires." — „Wäre es! Natürlich! Und wohl würde es mir tun!" — „Also!"

Wörland war ordentlich lebhaft geworden, und seine Augen glänzten; jetzt wurde er wieder bitter. „Es geht nicht, ich kann nicht, ich kann ihn nicht wiedersehen, solange seine Ehre nicht rein ist!" — „Herrgott, Wörland!" — „Und wenn er ein Genie ist, wenn er Millionen verdient! Dreihundert Jahre unbefleckter Kaufmannsehre! Und wenn sie alle ihn mit offenen Armen empfangen, es bricht mir ja selbst das Herz, ich verzehre mich in Sehnsucht nach meiner Tochter. Aber ich kann nicht! Und Bremen kann auch nicht! Glauben Sie, ich bin blind? Glauben Sie, ich mache es wie der Vogel Strauß, der den Kopf in den Sand steckt und denkt, dann sieht ihn niemand? Ich weiß recht gut: öffentlich wagt sich niemand mit der Sprache heraus, wenn ich aber heute käme und ihnen sagte: macht das oder das, mein Schwiegersohn hat es eingeleitet. Sie sollen mal sehen wie die Herren stumm werden und nach Ausflüchten suchen. Klein ist Bremen, aber Ehre haben sie alle!"

(Fortsetzung folgt.)

Regierung zu überweisen, mit dem Zusatz, daß sofort nach Einberufung des Sejm innerhalb einer Frist von 4 Wochen ein diesbezüglicher Entwurf vorgelegt wird; 2) Antrag Thon, der Regierung einen Kredit für die Befriedigung der Ansprüche der Beamten für die Zeit bis zum 1. Januar 1923 zu gewähren; 3) Antrag Dubanowicz, der darauf hinausgeht, daß der Sejm nur die Hauptpunkte des Entwurfs erledigen und die Einzelheiten der Regierung überlassen solle: 4) Antrag Barlicki.

Dieser Antrag fordert die Bildung eines Sonderausschusses zur Prüfung der Beamtenforderungen. Dieser Ausschuß solle dann über seine Beratungen dem Finanzausschuß Bericht erstatten, der dann gegebenenfalls fordern würde, eine außerordentliche Vollsitzung anzusetzen. Nach der sich über diese 4 Anträge entspinnenden Aussprache wurde der **Antrag Barlicki angenommen.** Der Sejmmarschall teilte dann mit, daß am Vorabend der Einberufung des neuen Sejm eine feierliche Abschiedssitzung des alten Sejm stattfinden und hierauf ein Raut abgehalten werden soll.

Republik Polen.

Saumseligkeit polnischer Wirtschaftskreise.

Aus sehr gut unterrichteter Quelle erfährt der „Kurjer Poranny“, mit welcher geradezu ungewöhnlichen Nachlässigkeit und welchem Leichtsinn die polnischen Wirtschaftskreise die eigenen wirtschaftlichen Interessen und die Interessen des Staates verletzen. Es handelt sich um die Ausbeutung der rumänischen Häfen in Braila und Galatz. Im Sinne des polnisch-rumänischen Abkommens haben die Polen das Recht, in beiden Häfen eigenes Verladungs- und Magazingelände zu haben, welches frei von allen Zollabgaben ist. Das Ministerium für Industrie und Handel hat oftmals mit allem Nachdruck auf die Notwendigkeit des Ankaufs des betreffenden Geländes hingewiesen, leider ohne Erfolg. Die polnischen Kaufleute und Industriellen hielten es nicht der Mühe wert sich mit dieser Angelegenheit zu befassen, und letzten Endes wurde dieses Gelände von den — Tschechen angekauft. So endete, bemerkt der „Kurjer“, unsere Hoffnung auf Zutritt Polens zum Schwarzen Meer.

† **Der Staatschef erhielt einen italienischen Orden.** Freitag nachmittag empfing der Staatschef in einer feierlichen Audienz den italienischen Gesandten, bevollmächtigten Minister Franz Tommassini, der im Namen Se. Majestät des Königs Viktor Emanuel III. dem Staatschef den Orden vom heil. Mauritius und Lazarus überreichte.

† **Polnisch-belgischer Vertrag in Aussicht.** Zwecks Vorbereitung eines polnisch-belgischen Vertrages, dessen Hauptpunkte Minister Straßburger mit dem belgischen Außenminister Jaspar besprochen hat, fand im Ministerium für Handel und Industrie eine Sonderkonferenz statt, bei der der in Warschau weilende polnische Gesandte in Brüssel, Sobański, zugegen war.

† **Roman Knoll geht als Geschäftsträger nach Moskau.** Roman Knoll, den die polnische Regierung zum Geschäftsträger bei der Sowjetregierung ernannt hat, ist nach Paris abgereist. Nach seiner Rückkehr aus Paris wird sich der Moskauer Geschäftsträger ungefähr am 15. Oktober nach Moskau begeben.

Aus Oberschlesien.

Eine höhere deutsche Privatschule in Myslowitz.

Myslowitz, 27. September. Von der hiesigen deutschen Bürgerschaft ist bei der Schulbehörde der Wojewodschaft ein Gesuch eingereicht worden um vorläufige Genehmigung für die Errichtung einer höheren deutschen Lehranstalt, die als Privatschule für Knaben gedacht ist. Es ist zu hoffen, daß die Genehmigung für diese Schule ebenso erteilt wird, wie bereits eine vorläufige allgemeine Genehmigung für die übrigen in der Wojewodschaft bestehenden deutschen Privatschulen gewährt wurden.

Europas Wiederaufbau.

In der Sonntagnachmittagssitzung des Abrüstungsausschusses des Völkerbundes wurde der Bericht Cecils mit der von de Jouvenel vorgeschlagenen Entschließung am Schluß angenommen. Der Entschließung ist eine Einleitung von Cecil vorausgeschickt, in der er u. a. sagt: Die Schulden der Regierungen untereinander bilden das Hindernis, das beseitigt werden muß, bevor das wirtschaftliche Leben Europas wiederhergestellt werden kann. Es ist möglich, daß man zu einer völligen Lösung dieser Frage ohne die Mitwirkung Amerikas nicht gelangen kann. Das ist aber kein Grund, bis zur Erlangung dieser Mitarbeit nichts zu tun. Alle sachverständigen Beobachter stimmen darin überein, daß Europa nur sehr wenig Zeit hat, um sich finanziell zu retten und den Zusammenbruch abzuwenden, von dem es bedroht ist. Die Kommission hält es für ihre Pflicht, die Versammlung daran zu erinnern, daß eine sofortige Tat notwendig sei und daß die weitere Herabsetzung der Rüstungen nicht möglich ist, solange die finanziellen Schwierigkeiten Europas nicht geregelt sind. Diese Sätze wurden zum Beschluß erhoben. Der Präsident der Kommission, de la Toriente-Cuba, erklärte, daß von diesen Beratungen sicherlich ein praktischer Einfluß und ein moralischer Gewinn für die Welt erwachsen werde, die gesehen habe, es sei in der Atmosphäre des Völkerbundes möglich, daß sich zwei große Mächte unter Zustimmung aller übrigen Staaten über Fragen einigen könnten, die bisher anscheinend unlösbar zwischen ihnen standen.

Die Stellung des Kabinetts Poincaré.

Paris, 27. September. In Pariser politischen Kreisen wird angenommen, daß infolge der Verständigung am Sonnabend die bedrohte Stellung des Kabinetts Poincaré wieder gesichert ist, weil sie von vielen als ein großer Erfolg der französischen Regierung aufgefaßt wird. Die Gegner Poincarés sind deshalb auch schon bemüht, einen angeblichen Erfolg strittig zu machen. Tardieu erhebt im „Echo national“ schwere Bedenken gegen die bewilligten Zugeständnisse, und erinnert überdies unter Anführung von unwiderlegbaren Zitaten daran, wie Poincaré vor Ernennung zum Ministerpräsidenten Briands türkenfreundliche Politik getadelt habe. Die „Journée industrielle“ meint, Poincaré hätte besser getan, England rückhaltlos Bundestreue zu halten, solange Frankreich nicht in der Lage sei, völlig unabhängige Politik zu machen. Das linksdemokratische „Oeuvre“ stellt fest, daß Poincaré für den Orient wie für die Reparationsfrage die Politik Briands angenommen habe, den er einst scharf bekämpfte. Sogar Hervé erinnert in der „Victoire“ weiter daran, daß Frankreich Dank für die erfolgreiche Orientpolitik verdient habe, an erster Stelle Briand und Millerand, der die von Briand geführte Politik durchgesetzt habe.

Eine Rede des Senators Jonnart.

Paris, 27. September. Senator Jonnart, der in der Presse als Kandidat für die Nachfolge Dubois genannt worden ist, hat in Arras vor dem Generalrat des Departements Pas de Calais eine Rede gehalten, in der er stark das Defizit des französischen Budgets hervorhob. Jonnart erklärte dann, das Volk müsse zu Poincaré Vertrauen haben. Die Regierung habe die schwere Aufgabe, einen Ausgleich zwischen widerstreitenden Bestrebungen zu finden. Man dürfe die Bedürfnisse nicht preisgeben, die für die Wiederherstellung eines wahren Friedens und der Wiederannäherung der Völker unerläßlich seien. Man müsse andererseits im richtigen Augenblick fest auf den für Frankreich nötigen Forderungen bestehen. Er, Jonnart, und seine Parteigenossen unterschrieben durchaus das Programm der Regierung, das die Ausdehnung der deutschen Sachleistungen und die Erleichterung von Barzahlungen durch eine internationale Anleihe vorsehen. Es sei Deutschlands Interesse, durch eine sichere Finanzpolitik die Anleihe zu ermöglichen.

Ein Wirtschaftsvertrag zwischen Rußland und Frankreich?

Paris, 26. September. Wie der „United Telegraph“ aus sicherer Quelle erfährt, hat die Reise Herriots nach Rußland ein Abkommen zwischen Rußland und Frankreich gezeitigt. Dieses Abkommen hat vorläufig die Form eines Wirtschaftsvertrages, ähnlich wie er zwischen den Sowjets und England abgeschlossen wurde. Man kann jedenfalls sagen, daß damit der erste Schritt zur offiziellen Anerkennung der Sowjetregierung durch Frankreich getan ist. In Paris wird ähnlich wie in London eine ständige russische Wirtschaftskommission eingerichtet, die offiziell mit der französischen Regierung über alle die Fragen verhandeln wird, die den Handel nach Rußland betreffen, und die auch den Boden für die zukünftige diplomatische Vertretung der Sowjets in Paris vorbereiten soll. Obwohl der Text des von Herriot abgeschlossenen Vertrages nicht bekannt gegeben wurde, verlautet, daß die Sowjets das Privateigentum der Ausländer anerkannt haben.

Amerikas Ansprüche an Deutschland.

Neuyork, 27. September. Präsident Harding hat den Neuyorker Rechtsanwalt Robert Morris zum amerikanischen Mitglied der gemischten Kommission ernannt, die über die Höhe und Verteilung der amerikanischen Ansprüche an Deutschland zu entscheiden haben wird. Diese Ansprüche sind gegenwärtig auf 300 Millionen Dollar veranschlagt. Darunter befinden sich die von Hunderten von amerikanischen Familien erhobenen Ansprüche für die Menschenverluste beim Untergang der „Lusitania“ und anderer durch deutsche Unterseeboote versenkten Schiffe.

Oesterreichs Anschlußwille.

Wien, 27. September. Anläßlich der Wiederkehr des Jahrestages des Friedensdiktats von St. Germain veranstalteten die völkischen Vereine Wiens am Sonntag vor dem neuen Rathaus eine Massenkundgebung für die Selbstbestimmung des deutsch-österreichischen Volkes und für den Anschluß an das deutsche Mutterland. Nach Gesangsvorträgen des über 2000 Mitglieder zählenden niederösterreichischen Sängerbundes sprachen von mehreren Stellen aus Redner gegen die Grundlage des Friedensvertrages von Versailles. Da die Schuld des deutschen Volkes am Ausbruch des Weltkrieges nunmehr auch in den Ententeländern immer mehr als Lüge erkannt wird, wurde für die Selbstbestimmung des deutschen Volkes eingetreten. Um die Mittagsstunde zog dann ein Zug von vielen Tausenden in die Ringstraße nach der Karlskirche, wo nach Gesangsvorträgen und einer Schlußansprache die Feier mit der Absingung des Deutschlandliedes ihr Ende fand.

Nach polizeilicher Schätzung nahmen an der Kundgebung, die einen neuerlichen Beweis für den unerschütterlichen Anschlußwillen der überwiegenden Mehrheit der deutschösterreichischen Bevölkerung erbrachte, die trotz allem Elend heim will in das große deutsche Vaterland ungefähr 150000 Personen aller Schichten der Bevölkerung teil.

Der Wunsch nach Ruhe in Irland.

Paris, 26. September. Das „Petit Journal“ meldet aus London, nach einem Telegramm aus Belfast hält de Valera sich gegenwärtig in Dublin auf, um einen Zwischenhändler zu finden, der mit der Regierung des Freistaates in Verbindung treten müßte, um eine Konferenz zur Wiederherstellung des Friedens in Irland herbeizuführen. Wenn auch die Regierung eine unbedingte Übergabe der Republikaner gefordert hat, so ist es doch wahrscheinlich, daß sie sich nicht weigern wird, in Verhandlungen einzutreten.

Sowjetrußland.

Neue Verfügungen.

Moskau, 26. September. Laut Verfügung der Sowjetregierung müssen alle goldenen und silbernen Gegenstände, die aus dem Ausland nicht zum persönlichen Gebrauch des Einreisenden eingeführt werden, der staatlichen Eichungskammer übergeben werden; nach erfolgter Eichung werden sie dem Besitzer zurückerstattet. Das Finanzkommissariat arbeitet ein weiteres Dekret aus, wonach jeder ins Ausland Reisende das Recht hat, Goldmünzen im Werte von nicht mehr als 50 Goldrubeln und außerdem Uhren, Ringe und Silbergegenstände im Gewicht von nicht mehr als ein Pfund (400 Gramm) auszuführen. — Das Finanzkommissariat gibt bekannt, daß die Rückgabe von Wertpapieren, die seinerzeit den Banksafes entnommen worden sind, bis zur endgültigen Durchsicht aller entnommenen Papiere eingestellt ist. Die Durchsicht dürfte nicht vor dem November beendet sein, alsdann würden Anträge auf Rückgabe von Papieren angenommen werden.

Vertagung der russisch-japanischen Konferenz.

Riga, 26. September. Aus Tschita wird über einen Konflikt aus der zurzeit abgehaltenen russisch-japanischen Konferenz berichtet, der die Vertagung der Verhandlungen zur Folge hatte. Die japanische Abordnung erklärte, daß Japan den den Russen gehörigen nördlichen Teil der Insel Sachalin nicht räumen werde, ehe nicht für die Ermordung japanischer Soldaten und Bürger in Nikolajew Genugtuung gewährt sei. Die Russen erklärten, unabhängig davon, wen die Verantwortung für die Ereignisse in Nikolajew treffen, sei der von Japan erlittene Schaden völlig ausgeglichen durch den Schaden, den Rußland durch japanische Besetzung erlitten habe.

Politische Tagesneuigkeiten.

Straßenkämpfe in Sofia. „Chicago Tribune“ meldet aus Konstantinopel, daß infolge von Aufständen, die am Freitag und Sonnabend in Sofia sich ereignet haben, der Belagerungszustand erklärt wurde. 50 Personen sind bei den Straßenkämpfen getötet und gegen 100 verwundet worden. Mehrere Abgeordnete und Parteiführer befinden sich unter den Toten und Verwundeten. Der Aufstand ist von Gegnern der gegenwärtigen Regierung hervorgerufen worden.

Ein amerikanisch-englischer Konflikt. Zwischen der amerikanischen und englischen Regierung ist ein Konflikt entstanden, der unter Umständen den Umfang des Streites von 1911 über die Panamakanalgebühren annehmen kann. Er ist herbeigeführt worden durch die Bestimmung des kürzlich in Kraft getretenen Schiffsgesetzes Fordney Mac Cumber. Die Bestimmung richtet sich gegen diejenigen Schiffe, die geistige Getränke an Bord führen. In Washington ist die Meldung eingelaufen, daß die englische Regierung einen Protest gegen diese Bestimmung vorbereitet, die die Untersuchung der Schiffe und Beschlagnahmung des Alkohols innerhalb von 12 Seemeilen anordnet. England bezweifelt das Recht der amerikanischen Regierung, ihre Jurisdiktion auf hoher See auf 12 Meilen vom Ufer aus gerechnet auszudehnen. Bisher sah man das Hoheitsrecht eines Staates nur innerhalb einer Dreimeilen-Zone als gegeben an. Es wird befürchtet, daß die Lösung der Streitfrage nicht leicht zu finden sein wird. Die englische Regierung gedenkt, wie verlautet, in dieser Sache um so bestimmter aufzutreten, als dadurch die Frage der Freiheit zur See berührt wird.

Die litauischen Banknoten in Berlin gedruckt. Die Eröffnung der litauischen Emissionsbank soll, wie das „Kownoer Echo“ erfährt, Ende September erfolgen, worauf sofort die neuen zeitweiligen litauischen Banknoten ausgegeben werden sollen. Diese Banknoten werden gegenwärtig in Berlin hergestellt. Im Verkehr dürften sie Anfang Oktober erscheinen.

Deutsches Reich.

** **Die erste Sitzung der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse.** Der Vorstand der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse ist am 15. und 16. September d. Js. in Berlin zum ersten Male zusammengetreten, um zunächst die Wahl des Präsidiums vorzunehmen. Gegenstände der Tagesordnung waren ferner die Notlage der Presse sowie die Mißstände bei der Handhabung des Gesetzes zum Schutze der Republik. In beiden Fällen wurde das Präsidium beauftragt, die ihm erforderlich erscheinenden Schritte zu unternehmen. Weiter wurden Kommissionen eingesetzt zur Ausarbeitung von Vorschlägen für einen Normaldienstvertrag, für eine Stellenvermittlung und für die Alters- und Krankenversorgung der Redakteure sowie ihrer Hinterbliebenen. Bei der Besprechung der wirtschaftlichen Lage der Redakteure stellte sich die Reichsarbeitsgemeinschaft auf den Standpunkt, daß grundsätzlich die tarifliche Bezahlung der Redakteure standeswürdig sein und die Aufwendungen zur Erfüllung der beruflichen Aufgaben berücksichtigen soll. Sie soll auf keinen Fall geringer sein als die tarifliche Bezahlung anderer Berufsgruppen im Zeitungsgewerbe, mit denen nach Art ihrer Tätigkeit eine Vergleichsmöglichkeit besteht.

** **Geldentwertung und Steuer.** Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat laut Drahtbericht aus Berlin beim Reichsfinanzministerium beantragt, bis zu einer Höhe von 250 000 Mk. jährlich eine besondere Einkommenveranlagung wegfallen zu lassen und es bei einem 10prozentigen Lohnabzug bewenden zu lassen.

** **Ein Amerikaner von Franzosen in Deutschland verhaftet.** Ein Amerikaner aus Frankfurt a. M. machte mit seiner Frau einen Abstecher nach der Pfalz. In Rösserhausen wurde er von zwei französischen Gendarmen angehalten. Er verweigerte die Vorzeigung des Passes mit dem Bemerken, er sei ja Amerikaner und nicht Deutscher. Da er Widerstand leistete, wurde er von den französischen Gendarmen festgenommen und zwei Tage in Haft gehalten. Das Kriegsgericht der französischen Rheinarmee verurteilte den Amerikaner zu zwei Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist (Aufschub und 90 000 Mark Geldstrafe).

** **Der Rathenau-Prozeß.** Für den Rathenau-Mordprozeß, der am 3. Oktober beginnen wird, sind fünf Tage in Aussicht genommen. Im ganzen werden 13 Angeklagte, 10 Verteidiger, ein ärztlicher Sachverständiger und 16 bis 18 Zeugen erscheinen. Da die Anklagebank im großen Sitzungssaal des Reichsgerichtes nur neun Angeklagte faßt, plant man, um Ungerechtigkeit zu vermeiden, die Anklagebank überhaupt wegzuräumen. Der Staatsgerichtshof legt Wert auf die Feststellung, daß diese Maßnahme aus rein räumlichen Gründen erfolgt. Termine für weitere Prozesse sind bis jetzt noch nicht festgesetzt worden.

** **Entlassung des Dr. Stein-Burg Saaleck aus der Untersuchung.** Der Staatsgerichtshof in Leipzig hat am Freitag auf Antrag des Verteidigers Dr. Luetgebrune-Göttingen den Haftbefehl gegen den Schriftsteller Dr. Stein-Burg Saaleck ohne Stellung einer Kaution aufgehoben. Stein ist nachmittags aus dem Untersuchungsgefängnis Moabit entlassen worden.

** **Roggenwährung in Oldenburg?** Aus Hamburg wird gemeldet: Der Ministerpräsident von Oldenburg plant die Einführung einer Art Roggenwährung durch Ausgabe eines Roggenpapiers, das eine bestimmte Menge Roggen wert ist. Die Inhaber erhalten nach 4 Jahren den dann geltenden Wertbetrag für eine entsprechende Menge Roggen zurück.

** **Ausweisung zweier sozialdemokratischer Redakteure im Saargebiet.** Die Regierungskommission des Saargebietes hat plötzlich und ohne Angabe von Gründen beiden Redakteuren der sozialdemokratischen „Volksstimme“ in Saarbrücken die Aufenthaltsgenehmigung entzogen. Sie müssen das Saargebiet binnen 24 Stunden verlassen.

** **Denkmalssturm in Gelsenkirchen.** Das Denkmal Wilhelm I., das gleichzeitig ein Erinnerungsdenkmal an die im deutsch-französischen Kriege Gefallenen bildet, wurde nachts demoliert. Den vier Adlern, die die Ecken des Denkmals ausfüllen, wurden die Köpfe abgeschlagen. Der Kaiserfigur wurde die rechte Hand abgeschlagen. Auch das Gesicht zeigt deutliche Spuren harter Schläge.

Neues vom Tage.

§ **Gefährdung einer Helgoländer Düne.** Der letzte Nordweststurm hat in Helgoland in einer Stärke von über zehn Grad gewütet. Wenn die Flut auch nicht einen allzu hohen Stand erreichte, so hat der gewaltige Sturm der Helgoländer Düne doch einen schweren Schaden gebracht. Der Vorstrand an der Nordostgrenze, der bei den letzten Winterstürmen schon sehr abgenommen hatte, ist jetzt, den „Hamburger Nachrichten am Montag“ zufolge, gänzlich verschwunden. Die hohe Dünenkette hat an dieser Stelle überaus schwer gelitten, so daß das Wasser jetzt bei normaler Tiefe direkt an der abgerissenen Hügelkette steht. Falls an dieser Einbruchsstelle nicht unverzüglich Vorkehrungen getroffen werden, so ist der Bestand der Helgoländer Düne ernstlich gefährdet. Nur schleunige Hilfe kann die Insel vor größerer Gefahr retten. Wenn die Vorkehrungen nicht getroffen werden, so wird das Unglück bei der nächsten Sturmflut einsetzen und den Schaden ins Unermeßliche steigern. Ob die Düne dann noch zu retten ist, bleibt der Zukunft überlassen. Infolgedessen sieht man auf Helgoland den kommenden Winterstürmen mit Bangen entgegen; geht es doch um das Fortbestehen des Strandes, also des Lebensnervs der Inselbewohner.

Unser ältestes Vorstandsmitglied Herr
Samuel Goldschmidt
ist gestorben.
Wir bedauern den Verlust dieses edlen Mannes, der für unsern Verein das größte Interesse gehabt hat. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
Der Vorstand des Vereins Anschei Chessed.

Photogr. Atelier
„beim Schloss“
(Św. Marcin 37).
Moderne Porträts
für Legitimationen.
Auf eilige Photographien kann gewartet werden.

Gebr. Speisezimmer
zu kaufen gesucht. Off. u. **9321** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Solider Herr
sucht von sofort
möbl. Zimmer
wenn mögl. im Zentrum der Stadt (aber nicht Bedingung). Angebote unt. **Nr. 9330** a. d. Geschäftsstelle dieses Blattes erb.

Gesucht z. 1. Okt. einfach
möbliertes kl. Zimmer
für besseren Herrn. Angebote mit Preis u. **M. B. 9297** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Die Fluchtlinienpläne für
a) die Verbindungsstraße der ul. Szamarzewskiego mit der ul. Słowackiego längs des Grundstücks der evangelischen St. Lukaskirche,
b) für die ul. Szamarzewskiego zwischen ul. Krajzewskiego und ulica Piotra Wawrzyniaka liegen vom 2 bis 30. Oktober 1922 im Büro III a, Zimmer 33 Stadthaus zu jedermanns Einsicht offen aus. Etwaige Einwendungen gegen die Pläne sind in dieser Zeit bei uns einzubringen.
Der Magistrat IIIa.
Kultys.

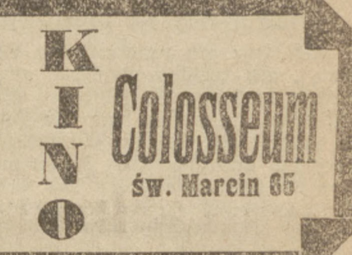
Referendar
sucht möbliertes Zimmer
mit ungeniertem Eingaug.
Angebote unt. **9304** an d. Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Dame sucht
möbliertes Zimmer
mit voller Pension. Off. mit Preisang. u. **9327** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

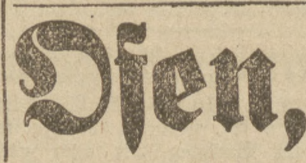
1—2 gut möbl. Zimmer sucht besserer Herr ab 1. 10. resp. 15. 10. Off. u. **9322** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Wilhelm Günther, Poznań,
Ulica Staszyca 23 (früher Moltkestr.)
Anfertigung eleganter Herrengarderobe nach Maß.
Für tadellosen Sitz wird garantiert.

TEATR PAŁACOWY
Heute, Donnerstag, den 28. September: [492
Lady Hamilton.
Der prachtvollste Film der Welt!
In den Hauptrollen: **Liane Haid — R. Schünzel — Conrad Veidt.**
Beginn der Vorstellungen:
an Wochentagen um 4½, 6½, 8½ Uhr, Sonntags um 4, letzte Vorstellung um 9 Uhr.

Kri-Kri
Das herrliehste voll gesunden Humors sprühende Lichtspiel in 6 Akten gelangt zur Vorführung bis 1. Oktober einschl. im


426]



moderner, gebrauchter, aber guterhaltener, **zu kaufen gesucht**
Offerten unter **9329** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

9309] Einige **Untergrund-Pflüge**, auch gebraucht Syst. Bippart oder Möhrig Victoria
sucht **Dom. Jadowniki.**



Fabrikneue
„ADLER“-Personen- und Lastkraftwagen
Generalvertretung für die gesamte Republik Polen
Import Samochodów Zygmunt Rosiński,
Telephon 5202. **Poznań, ul. 27. Grudnia 8.** Telegr.-Adr.: Iszri Poznań.

Der neue [9293
Post-Tarif
auf Karton gedruckt und mit Oese versehen, ist zum Preise v. **50 M.** das Stück durch uns zu beziehen. Nach außerhalb tritt **10 M.** Porto hinzu.
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.,
Zwierzyniecka 6.

Haus-
An- und Verkäufe
ferner
Stellengesuche und Angebote
bewirken Sie sicher und schnell durch eine Anzeige im weitverbreiteten
Posener Tageblatt
POZNAŃ, Zwierzyniecka 6.

Wir sind Kassa-Abnehmer
für die durch die Landwirtschaftskammer anerkannte
„Industria“-Saatkartoffeln
und bitten um Telephonofferten. [418
I. Rydygier i Ska., Dom Zboża
Import Poznań, ulica Kramarska 19/20. **Export.**
Telephon 1971. Telegr.-Adr.: „Igary Poznań.“

Spielplan des Großen Theaters.
Mittwoch, den 27. 9., abends 7½ Uhr: **„Straszny Dwór“**, Oper von Moniuszko.
Freitag, den 29. 9., abends 7½ Uhr: **„Madame Butterfly“**, Oper von Puccini.
Sonnabend, den 30. 9., abends 7½ Uhr: **„Straszny Dwór“**, Oper von Moniuszko. (halbe Preise).
Sonntag, den 1. 10., nachm.: **„Traviata“**, (halbe Preise). abends 7½ Uhr: **„Aida“**.
Vorverkauf der Eintrittskarten bei Szrejbrowski, ulica Fredry 1.

Ankäufe u. Verkäufe
Komplette oder teilweise **Mühlen-, Säge-, Ziegeleieinrichtungen, Lokomobilen, Dampfmaschinen, Dampfkessel usw.** kauft zu höchsten Preisen **Spolka Inżynierska, Poznań, Piekary 9. Telephon 11-68.**

Kolonialwaren-Geschäft in Hamburg (9323
sofort zu verk. od. geg. Landwirtsch. od. Grundstück zu vertauschen. Ang. an **Ossowski, Ostroróg, Kr. Szamotuły.**

Suche größere
Werkstatträume
zu kaufen oder **zu pachten.**
Offert. unt. **9305** an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Jagdwagen,
4sitzig, wenig gebraucht,
Dogcart,
gut erhalten, hat abzugeben **Fritz Lutz, Nowytomysl.** 9319

Ich habe abzugeben u. bei mir zu besichtigen: (9313
1 Leitspindeldrehbank,
2,10 m Drehlänge, 180 mm Spitzenhöhe,
1 stehenden Benzin-Motor,
3—4 PS,
1 Ständerbohrmaschine,
1 Schraubstock,
1 Lochplatte,
1 Elektromotor,
2 PS, dauernd, 110 Volt, m. Anlasser, gekapselt. **Paul Seler, Maschinenfabrik, Poznań, Przemysłowa 28**

Ein sehr gut erhaltenes **Klavier** ist preiswert zu verkaufen. Angebote u. **C. D. 2959** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Stellenangebote.

Nach **Deutschland** sucht: Deputatfam. mit Hofgänger, Schäfer, Stellmacher usw. **Paul Schneider,** Stellenvermittler, **Poznań, św. Marcin 48.** Rückporto erb. (9237

Suche für meine Molkerei eine
Meierin
zum baldigen Antritt. Zeugnisabschriften erbeten. [9272
Rittergutsbes. **Uhle,** Uhlenhof (Gorzewo) b. Ryczywoł.

Bürofrl.
mit schöner Schrift gesucht. Off. mit Lebenslauf und Gehaltsforderungen u. **9331** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Jg., besch. Mädchen für kinderl. Haush. sucht **Schröder, Grunwaldzka 33, II.**

Junger Mann, 20 J. alt, sucht nach einjähr. Lehrzeit möglichst bald Stellung als **Unterbrenner,** am liebsten auf einem Gute. Erfahren in Kartoffel- und Maisbrand. Zeugnis vorh. Gefl. Zuschr. unter **S. W. 9311** a. d. Geschft. d. Bl. erbeten.

Dtsch. Kontoristin, perf. in Stenographie, Schreibmaschine und Buchhaltung, **sucht per bald Stellung,** am liebst. a. Land. Gefl. Off. u. **9303** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Armes jg. Mädchen sucht **Schneiderinlehrstellung,** ohne oder nur gegen geringe Pensionszahl. Ang. u. **9316** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Welche Herrschaft nimmt 1 ev. jg. Mädchen für 4—5 Monate gegen mäßig. Monatsgehalt zur Erlern. d. f. Küche u. Wäschebehandl. auf? Ang. u. **9317** a. d. Geschst. d. Bl.

Zirka 100 Zimmerleute und 100 Maurer
zu höchsten Löhnen, für Winterarbeit sofort gesucht.
Evtl. können sich auch **Unternehmer mit größerer Partie Maurer und Zimmerleuten melden.**
Für Unterkunft ist gesorgt. [9314
Tonwarenfabrik Bruno Freiwald, Zoppot.

Suche zum 15. Oktober für meine **140 Morg. gr. Ansiedelungswirtschaft,**
evang. Deputantenfamilie
am liebsten mit Hofgänger.
Angebote unt. **A. B. 9281** an d. Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Stenotypistin,
der polnischen und deutsch. Sprache mächtig, auch mit **leichten Büreauarbeiten** vertraut, wird zum **1. Oktober gesucht.** — Schriftliche Bewerbungen mit Zeugnisabschr. und Angabe der Gehaltsanspr. erb.
Emil Frühling, Poznań,
św. Marcin 43. [9324

Für den Haushalt meines Stadtgutes (älterer Junggeselle) **suche ich per 15. Oktober oder 1. November d. J. eine erfahrene**
ältere Wirtschafterin, 9306
möglichst Jüdin, welche die Beaufsichtigung der Milch- und Geflügelwirtschaft mit übernimmt. — Angenehme dauernde Stellung. Zeugnisabschr. und Gehaltsanspr. nebst Bild an
Max Lewin, Gutsbesitzer, **Mogilno.**

Suche per **sofort** oder **1. Oktober** ein junges,
kinderliebes Fräulein
zur Stütze der Hausfrau
in deutschem christlichen Hause bei gutem Gehalt nach Łódź, Offerten unter **A. H. 100** an d. Geschäftsst. dies. Blattes erbeten.

Landwirt,
36 J. alt, evg., ledig, des Polnischen vollk. mächtig, z. Zt. Leiter einer 6000 Morgen großen Wirtschaft, **sucht,** gestützt auf pa. Zeugnisse und Empfehlungen, **zum 1. Januar 1923 Dauerstellung.** [9273
Gefl. Off. an **Bischof, Herrschaft Brody** p. Nowy Tomyśl.

Suchen Sie Käufer? 9231
Für festentschlossene zahlungsfähige Käufer suchen wir **Güter, Landwirtschaften, Ziegeleien, Fabriken, Geschäfts- und Hausgrundstücke** sowie Geschäfte aller Art.
Meckelburg & Co.,
Handelsfirma, Zentrale Poznań, Jeżyce,
ul. Patr. Jackowskiego 35.

Deutschtumsbund zur Wahrung der Minderheitsrechte Posen, Abteilung Frauenbund.
Ländliche Haushaltungsschule in Janówiec, Kr. Znin.
Beginn des halbjährigen Winterkursus am 1. Okt.
Anmeldungen sind an die Leiterin zu richten, die die näheren Bedingungen mitteilt. (9325

Für Auswanderer nach Deutschland!
Ein 2 Familienhaus massiv, mit **8 Zimmern,** Kellern, Stallungen u. 40 Rut. **Gartenland** in bester Verfassung mit gleichwertigem Objekt mit 2 bis 6 Morgen Land in der Provinz Posen
zu tauschen gesucht,
am liebsten in einer Stadt od. unmittelbarer Nähe. [9290
Frau Wlosik, Buer i. Wstf., Steinkuhlenstr. 22.

Jüngerer Herr sucht Anschluß an
Tanzkursus
in dem **Deutsch,** evtl. neben **Polnisch** gesprochen wird. Gefl. Angebote u. **9295** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Damen
finden Aufnahme bei **Frau Gryffkowska, Hebamme, Bydgoszcz, Dluga 5. Tephon 1673.** (9315

Junger Schäferhund,
4 Monate, grauschwarz meliert, mit schmalem Halsriemen,
entlaufen.
Finder erhält hohe Belohnung. [9326
Abzugeben **Hutfabrik, Małe Garbary 7a,** Hof II.

Aus meiner durch die **Wielkop. Izba Rolnicza** anerkannten **Yorkshire-Schweinezucht** habe ich ständig
Ferkel und Läufer
sowie auch einige **sprungfähige Eber** abzugeben.
Besichtigung jederzeit möglich. — Bestellungen erbeten an
von Becker, Grudzielec, p. Bronow, pow. Pleszew. 9080

Junger, strebsamer und vermögender Landwirt,
23 Jahre alt, evangel., wünscht, da es ihm an passender Damenbekanntschaft fehlt, eine einfache, gebildete und solide
Landwirtstochter
zwecks späterer Ehe kennen zu lernen. Einheirat in eine Landwirtschaft wird bevorzugt. Nur ernstgemeinte Offerten mögl. mit Bild unt. **9310** an d. Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Ordentliche Laufburschen
werden sofort eingestellt
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanst. T. A.

Zeitungs-Bestellzettel f. Postabonnement.

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat Oktober 1922
durch die Post zum Preise von M. 990.— monatl. zuzüglich Zustellgebühr.

Name .... Wohnort ....
.... Straße ....

Deutsche Frauen!

In zwölfter Stunde erinnern wir euch an die Notwendigkeit für euch und eure Familie die

Wahllisten einzusehen.

Am Donnerstag, dem 28. September liegen sie zum letzten Male in der Zeit von 12 Uhr mittags bis 6 Uhr abends aus, und zwar an folgenden Stellen:

für Schrodka (Altstadt rechts der Warthe) in der Schule in der ul. Bydgoska (fr. Bromberger Str.), für die Altstadt am linken Wartheufer im Rathaus und in der Schule in der ul. Wrocławska (fr. Breslauerstr.) 16, für Wilda im Schulgebäude Górna Wilda (fr. Kronprinzenstraße) 14/16, für St. Lazarus in der Schule in der ul. Berwińskiego (fr. Baarthstr.), für Jersitz in der Schule in der ul. Słowackiego (fr. Karlstr.).

Deutscher Wahlausschuß Posen,
Wały Leszczyńskiego 2. Fernruf 4174.

Staatsbürgerpflichten der Frauen.

Als im Spätherbst des Jahres 1918 bei den gewaltigen staatlichen Umwälzungen den Frauen der mitbeteiligten Länder das Wahlrecht gegeben wurde, gab es viele, denen dies unerwartet, und eine große Anzahl, denen es unerwünscht kam. Aber alle diejenigen, die lang Erstrebtes verwirklicht sahen, und diejenigen, die nun erst anfingen, sich mit Politik zu beschäftigen, faßten die neugewährte staatsbürgerliche Gleichberechtigung mehr als Pflicht zur Wahl und zur Betätigung im öffentlichen Leben und weniger als Recht auf. Es war sehr lehrreich, in der kurzen Zeit der Vorbereitung auf die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung zu beobachten, wie sich die Frauen, sowohl die zu Berufs- und Interessenverbänden zusammengeschlossenen, als auch die einzelnen, zu den neuen Problemen der Zusammensetzung des Parlaments und der eigenen Beteiligung daran stellten. Bei allen Zusammenkünften standen in diesen Wochen die politischen Aussprachen in erster Reihe, und in eingehender Rede und Gegenrede wurde die Klärung und Vertiefung der eigenen Ansicht weit mehr angestrebt als die Beeinflussung und Überzeugung der anderen. Die politische Meinung und Parteinahme des Mannes wird meistens durch Berufs- und Standesinteressen, durch Einfluß der Erziehung und des Lebenskreises bestimmt; vielleicht ist dies das Ergebnis jahrzehntelanger Gewöhnung, vielleicht männliche Eigenart. Die Frauen stellten sich von vornherein anders ein. Für sie war die Wahl der Partei zugleich ein Glaubensbekenntnis, bedingt durch tiefinnerliche Weltanschauung, und es sind in den Januartagen 1919 gewiß nur wenige Frauen zur Wahlurne geschritten, die die gefaßte Entscheidung nicht vorher ernsthaft erwogen, die sie nicht vor sich selbst geprüft und gerechtfertigt haben.

Für die Frauen im früheren deutschen Osten haben die Dinge schon damals anders gelegen. Hier handelte es sich von vornherein viel weniger um die Ausgestaltung und Auswertung parteipolitischer Programme und Bekenntnisse zur einen oder der anderen Staatsform. Hier war der Wunsch und der Wille zur Wahrung des eigenen Volkstums das Maßgebende. Auch hier bei uns haben die Frauen ihre staatsbürgerlichen Pflichten erfüllt. Auch später, als alle Parteien, die wir vom alten Vaterlande noch übernommen hatten, zusammenschmolzen zu einer „Deutschen Partei", haben sie sich mit Eifer und Hingabe den neuen Gedanken gewidmet und an der Ausgestaltung unserer Minderheit zu einer großen Familie mitgearbeitet. Die Wege der deutschen Frauen in Polen sind andere als die der Frauen in Deutschland. Während sich drüben der Einfluß der Frau gegenwärtig auf allen Gebieten der Verwaltung und Gesetzgebung in neugestaltendem Sinne geltend macht, liegen unsere staatsbürgerlichen Pflichten vornehmlich im engsten Kreise. Im Hause, in der Familie, in der Fürsorge für das kommende Geschlecht ist unser Arbeitskreis beschlossen, durch den wir berufen sind, der Allgemeinheit zu dienen und von innen heraus an der Erstarkung des völkischen Bewußtseins unserer Minderheit mitzupflegen. Gewiß ist dieser Teil der Arbeit, der den deutschen Frauen in Polen zufällt, weiblicher Eigenart besonders angemessen und besonders beglückend. Jedoch ist die Gefahr, daß sich der Gesichtskreis einengt und das Verständnis für die Gesamtheit der staatsbürgerlichen Fragen schließlich schwindet, groß, und sie muß auf jeden Fall vermieden werden. Denn darüber muß sich die politisch mündige Frau klar sein: nur lebendige Anteilnahme an allen Geschehnissen der Umwelt kann das lebendige Verständnis daran vermitteln, das zu erziehen unsere staatsbürgerliche Pflicht ist.

Die unmittelbare Gegenwart führt die politische Arbeit der Frauen einmal wieder aus der Stille hinaus und gleicht sie in vielem der Bewegtheit des öffentlichen Lebens an, das die Frauen in Deutschland führen. Auch für die Frauen in Polen erwächst wieder einmal die Pflicht, Weltanschauung und Glaubensbekenntnis als politische Überzeugung zu betätigen. Die Zeit der Wahlen zu den beiden Häusern, dem Sejm und dem Senat, rückt heran und darf keinen Bürger des polnischen Staates unbeteiligt dabeistehen lassen. Auch die Deutschen nicht, die mehr als alle anderen von den neuen Parlamenten und ihrer Arbeit zu erhoffen haben. Auch die Frauen nicht, denen es nicht gleichgültig sein darf, von wem in Zukunft während langer Jahre die Interessen unserer Minderheit vertreten werden. Wir werden untereinander keinen Wahlkampf haben, das mag uns allen die Wahlarbeit leicht machen. Es gibt keine Frage der Parteizugehörigkeit, wir haben nur eine, die deutsche Partei. Wohl aber gilt es, sich mit den von der Gesamtheit aufgestellten Kandidaten genau bekannt zu machen. Während der Wahlversammlungen wird ja Gelegenheit genug sich ergeben, alle Klagen und Wünsche vorzutragen, damit diejenigen, die von den Einsichtigen als die Tüchtigsten dafür ausersehen sind, sie mitnehmen in das Parlament als Richtschnur für ihre Tätigkeit. Die Wahl ist eine Angelegenheit der Gesamtheit; jeder Einzelne muß sich daher den damit verbundenen Arbeiten widmen, und sei es eine anscheinend so geringfügige wie das Einsehen der Wahllisten, nähme sie auch so viel Zeit weg wie der Besuch der Wahlversammlungen, erfordere sie so reichliche Kleinarbeit und nimmermüdes Interesse wie die Gewinnung jedes Deutschen für die gemeinsame Sache. In den kommenden Wochen gibt es keine Pflicht für Mann oder Frau, die dringender wäre als die Wahl und ihre Vorbereitung. Möge jeder auf seinem Posten stehen zur Erfüllung der staatsbürgerlichen Aufgabe — auch jede deutsche Frau in Polen!

Einführung des Bischofstitels in der evangelischen Kirche Deutschlands.

Mit der beträchtlichen Mehrheit von 127 gegen 74 Stimmen wurde von der verfassunggebenden Kirchenversammlung ein Antrag des Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats, D. Moeller, angenommen, daß es zur Beilegung der Amtsbezeichnung „Bischof" an die Generalsuperintendenten eines Kirchengesetzes bedarf. Ein Antrag auf sofortige Einführung der Amtsbezeichnung „Bischof" war mit 102 gegen 94 Stimmen abgelehnt worden.

Es ist nach Prof. D. Adolf Deißmann ein völlig neuer Bischofstyp, der erstrebt wird: „der „synodale" Bischof, hervorgegangen aus der Wahl der Synoden oder der Organe der Synoden, also aus dem Kirchenvolk selbst, hat die Leitung des Konsistoriums, ist aber innerhalb des synodalen Provinzialkirchenrats einfaches Mitglied und hat der Synode jeweils Rechenschaft abzulegen. Er fügt dem synodalen Prinzip das Moment der Stetigkeit hinzu, steht in keiner Weise als „Vorgesetzter" über den Geistlichen, sondern ist ihr väterlicher und brüderlicher Berater und Führer. Jede Amtsdogmatik fehlt, die Bischofsweihe und die sogenannte apostolische Sukzession (an der z. B. die skandinavischen und anglikanischen Kirchen festhalten) sind ausgeschlossen, ebenso — selbstverständlich! — jeder Prunk und Pomp der äußeren Erscheinung. Dieser „synodale" evangelische Bischof soll in schlichter Volkstümlichkeit höchste theologische Bildung mit bewährter praktischer Tüchtigkeit verbinden und innerhalb der Gemeinschaft des Kirchenvolkes ein Halt und Hort echt protestantischer Frömmigkeit sein. Bereits sieben deutsche Landeskirchen haben sich zu diesem evangelischen Bischof bekannt.

Verkauf und Tausch der liquidierten Güter.

Im „Dziennik Ustaw", Nr. 67, vom 22. August 1922, ist das Gesetz vom 28. Juli 1922 veröffentlicht, welches die Veräußerung oder den Tausch von Immobilien betrifft, die auf den Staat auf Grund des Gesetzes vom 15. Juli 1920 von der Liquidation von Privatvermögen in Ausführung des in Versailles am 28. Juni 1919 unterschriebenen Friedensvertrages (Dz. Ust. f. 1920, Nr. 70) übergegangen sind oder übergehen werden.

Das Gesetz lautet:

Art. 1. Auf Grund des Art. 6 des Gesetzes vom 17. März 1921 von der Konstitution der polnischen Republik (Dz. Ust. Nr. 44, Pos. 267) wird der Präsident des Hauptliquidationsamtes ermächtigt, im Einvernehmen mit den Ministern der Finanzen, des Krieges, der Landwirtschaft und Domänen sowie dem Präsidenten des Hauptlandamts Immobilien, die auf den Staat durch deren Einbehaltung gem. Ziffer b des Art. 2 und Art. 10 des Gesetzes vom 16. Juli 1920 von der Liquidation von Privatvermögen in Ausführung des in Versailles am 28. Juni 1919 unterschriebenen Friedensvertrages übergegangen sind oder übergeben werden, zu veräußern oder auszutauschen. Jeder Austausch von Liegenschaften muß das Einverständnis des Ministerrats erlangen.

Art. 2. Die Verkauf- oder Tauschverträge über das im Art. 1 erwähnte Staatsvermögen, die von staatlichen Behörden oder Ämtern im Namen des polnischen Fiskus abgeschlossene und von dem Präsidenten des Hauptliquidationsamts und vom Finanzminister bestätigt sind, bilden auf Grund dieses Gesetzes einen Titel zur Übertragung der Eigentumsrechte.

Art. 3. Die Ausführung dieses Gesetzes wird dem Präsidenten des Hauptliquidationsamts im Einvernehmen mit den Ministern der Finanzen, des Krieges, der Landwirtschaft und Domänen sowie dem Präsidenten des Hauptlandamtes übertragen.

Art. 4. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Sejmmarschall, Ministerpräsident, Präsident des Hauptliquidationsamts, Finanzminister, Kriegsminister, Minister für Landwirtschaft und Domänen, Präsident des Hauptlandamts.

Aus der polnischen Presse.

Über die **Wahlaussichten** äußert sich der Warschauer „Kurjer Poranny" wie folgt:

Hauptgegenstand der Besprechungen in den Sejmkorridoren bilden in diesen Tagen, wie es ja nicht anders sein kann, die Wahlangelegenheiten. In unmittelbarer Nähe des Termins, da die Meldungen zu den Staats- und Bezirkslisten eingelaufen sein müssen, feilschen und markten die Parteien im letzten Augenblick, um ihre Chancen zu verstärken. Im allgemeinen kann man feststellen, daß die Linksparteien „ihrer Sache sicher sind" und nicht nur auf Beibehaltung ihrer bisherigen Sitze, sondern sogar auf eine qualitative und quantitative Verstärkung ihrer Position im neuen Sejm rechnen. Minder sicher tritt dagegen die Rechte auf, der es bisher noch nicht einmal gelang, ihre Staatslisten festzusetzen. Hierfür kommen eine Reihe von Ursachen in Betracht. Nach der Ansicht informierter Kreise traf die Rechte auf dem Lande auf den starken Widerstand des Volkes gegen die Aufdrängung von „Herren" Kandidaten; die Bauern fordern, daß die ersten vier Plätze auf den Kreislisten den Bauernkandidaten reserviert werden sollen, sie sind im allgemeinen damit einverstanden, weitere, übrigens fragliche Kandidaturen, an die Intelligenz abzutreten. Diese werden mit gewaltigen Kosten verknüpft sein, hiermit rechnen angeblich schon die unbemittelten Kandidaten. Die Wünsche der Abgeordneten bilden eine Gefahr für die Nationaldemokratie und dieses nicht nur auf dem Lande, sondern auch in den Städten, auf die sie zählt, für alle „verdienten" Agitatoren ist kein Raum vorhanden. Der Hauptführer Dmowski kandidiert überhaupt nicht; es verbleibt jedoch eine sehr zahlreiche Kohorte der Grabskis, Dubanowiczs usw., die sich um jeden Preis am Steuer erhalten wollen. Man scheute nicht davor zurück, an die Spitze der nationaldemokratischen Liste die Kandidatur des unglückseligen „Ministerpräsidenten" Korfanty zu stellen. Um seine Position an den Grenzen zu verstärken, schloß der nationale Block angeblich mit dem polnischen Zentrum des Herrn Skulski einen Pakt zwecks einer gemeinsamen Aktion. Der Vermittler soll der armenische Erzbischof Teodorowicz gewesen sein, dessen diskrete Züge sich schon in den neuen politischen Konstellationen fühlbar machen. Als vollzogene Tatsache ist auch die Konsolidierung des „Polnischen Zentrums" mit der Stadtbürgerpartei anzusehen.

*

„Ich bin kein Chauvinist." Das Lissaer Konzert des Blüthnerorchesters gibt einem Mitarbeiter des „Głos Leszczyński" Veranlassung zu folgendem Herzenserguß: „Ich bin kein Chauvinist, — aber es gibt Sachen, die das Herz eines Polen entrüsten müssen, so, daß seine Lippen keinen anderen Ausdruck finden als: Schande, Schande und nochmals Schande! — Am 21. d. Mts. fand unter der anspruchsvollen Firma „Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft" (das Wort „Deutsche" war zur Irreführung des Publikums weggelassen, — eine solche Gesellschaft in Lissa ist mir unbekannt!) im Saale des Hotel Foest ein Sinfoniekonzert des Blüthnerorchesters aus Berlin statt. — Die Straße ist versperrt mit Kutschen, Wagen, Fahrzeugen und anderen Gespannen, auf dem Bürgersteig ein Gedränge und auch in dem Saale ein kaum glaubliches Gedränge, Stühle und Bänke werden herbeigebracht. Die Eintrittskarten bei Senf und „Chmara" — sind schon längst ausverkauft. Lärm, Enthusiasmus! — Denn in Lissa findet ein deutsches Konzert statt. — Es wunderte mich sehr, daß in dieser Stadt so viele Deutsche sind. Leider höre ich die polnische Sprache — und erblicke bekannte Gesichter. Bah! Die Elite — die Sahne der Stadt Lissa — Anführer und die Ersten in der Stadt — alle sind sie gekommen — sogar auch die, die aus Rücksicht auf ihr Amt und Angehörigkeit zu anderen Gesellschaften nicht hätten dort erscheinen sollen —, nehmen auf den Stühlen Platz und freuen sich des kommenden Ohrenschmauses! Denn die Musik ist ja „international"! Es wundert mich aber sehr — zu welcher Musik rechnen denn die Herren und Damen die polnische Musik? Denn als im vergangenen Winter die Gesellschaft des Westmarkenvereins ein Kammerkonzert unter der Leitung des Herrn Prof. Pawlak veranstaltete — kamen damals im ganzen 57 Personen und der Reingewinn betrug 15 000 M. Schande! Und hier stopfen wir den Deutschen, den „Kulturträgern", die Taschen mit polnischer Mark, denn die deutsche Mark fällt. Es gibt keine Entschuldigung dafür. Wir treten so auf — als ob wir Deutsche wären — und als ob wir von ihnen abhingen — und als ob wir keine andere Komponisten als Beethoven, Schubert und andere natürlich deutschen Komponisten kennen. Und wundere mich auch gar nicht, daß dem so ist. Und der so vieles gesehen und gehört hat — nun so ist es klar, daß er nicht erkannt hat, und somit nicht den Wert der Musik kennt. — Und dennoch? Um ein richtiger Musikkenner dieser „internationalen Kunst" zu werden, ist es notwendig, sie in großem Maße kennen zu lernen. Wenn die Franzosen den polnischen, unseren Chopin, für sich in Anspruch nehmen, so ist es doch ein klarer Beweis, daß er einen Wert hat, daß seine Musik groß ist. — Zum vollständigen Wissen ist es notwendig, alles kennen zu lernen. Wenn wir nicht die polnische mit der deutschen Musik vergleichen können, können wir auch nicht von uns sagen, daß wir tatsächlich artistisch ausgebildet sind, und so wollen wir die Phrase von der „internationalen Musik" verwerfen! Lächerlich! Die Augen einzuseifen, um in den Saal des „Kaiserhofes" zu gehen, zu einem deutschen Konzert, das wir schon so lange nicht gehört haben! . . Schande, Schande und nochmals Schande!"

Deutsche Bibel und Bibelleseverbot.

Zu den Bemerkungen des Herrn Domherrn Steuer über das Bibelleseverbot („Pos. Tagebl." Nr. 216: „Nochmals die deutsche Bibel") schreibt Herr Superintendent Rhode:

„Ich habe nicht die Absicht, in den Spalten dieser Zeitung die Auseinandersetzung fortzuführen. Die katholischen Leser mögen sich bei den Ausführungen des Herrn Domherrn Steuer beruhigen. Für die evangelischen Leser werde ich im „Evangelischen Gemeindeblatt" das Nötige sagen. Ich glaube kaum, daß sie sich beunruhigt haben über die aus der beanspruchten Korrektheit der katholischen Übersetzungen und Erklärungen der Bibel zu folgernde Unkorrektheit der lutherischen Übersetzung."

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 27. September.

Achtung, deutsche Wähler!

Die Wahllisten zum Sejm und zum Senat liegen seit Freitag, 15. September, bis zum Donnerstag, 28. September, von 12 Uhr mittags bis abends 6 Uhr an den bekanntgegebenen Stellen zur Einsichtnahme aus. Jeder deutsche Wahlberechtigte ist verpflichtet, sich davon zu überzeugen, ob sein Name in den Listen enthalten ist.

Einst und jetzt.

Recht behaglich und fast beneidenswert war früher das Leben einer alten Dame im Stift. Sie hatte ihr sorgenfreies Auskommen, denn Zinsen und Pension waren ihr sicher, für Verpflegung, Bedienung und Heizung war in der besten Weise gesorgt, und ihre Tage verliefen in Ruhe und Frieden. In Posen kennt wohl jeder den schönen alten Bau, das Garczyński-Stift mit seinen netten Wohnräumen und dem herrlichen Garten und das danebenliegende trauliche Feierabendhaus. Statt Ruhe und Behaglichkeit, Sorglosigkeit und Frieden wohnt jetzt in den hübschen Zimmern der alten Damen Not und Elend und bange Furcht vor Krankheit und dem kalten Winter. Aus den sattsam bekannten Gründen hat ein großer Teil der Stiftsinsassen nur ein Jahreseinkommen von nicht 1000 (eintausend!) polnische Mark. Da natürlich die Hausverwaltung selbst mit der großen Teuerung und Geldentwertung zu kämpfen hat, ist sie nicht mehr imstande, die Verpflegung mit Lebensmitteln zu übernehmen, nur das Feierabendhaus gibt noch ein warmes Mittagessen, für das monatlich 3000 M. gezahlt werden müssen. Für die Mehrzahl der Damen ist selbst das trockene Brot unerschwinglich, und so ist es in dem Hause schon ein Festtag, wenn die benachbarte Keksfabrik einmal Abfälle für einen geringen Preis den Insassen in freundlicher Bereitwilligkeit zur Verfügung stellt. Nur eins hält die Bewohner noch vor der allergrößten Not und vor dem buchstäblichen Verhungern zurück: alle Woche einmal erscheint ein Händler oder eine Händlerin im Hause, und die kaufen ein. Da denkt eine, es ginge auch ohne den Teppich, eine andere opfert etwas von der Gemütlichkeit, die sie umgab: die Tischdecke muß daran glauben. Alle anderen entbehrlichen Dinge, lieber alter Hausrat, Andenken und ererbte Stücke, die einem Stiftszimmer seinen großen Zauber und seine Anziehungskraft verliehen, die sind schon längst nicht mehr zu finden. Der Abschied von dem allen ist den meisten ungeheuer schwer gefallen, und doch ist es der Brunnen, aus dem sie immer wieder schöpfen müssen, aber leider kann man schon den Grund sehen.

Und die schwerste Zeit, den Winter, haben sie noch vor sich. Es soll zwar für den Tag ein paar Pfund Kohle geben, aber die reichen kaum für einmal in der Woche zum warmen Stübchen. Besonders wenn ein Haus so kalt ist wie das Garczynski-Stift, die Räume so hoch sind und die Fenster so tief eingebaut.

Durch die fortgesetzte Unterernährung ist natürlich der Gesundheitszustand der Damen, die zumeist schon in recht hohem Alter stehen, der denkbar schlechteste. Sie können sich ja schon lange keine Badereise, keine Kur und bessere Pflege leisten; dazu kommt, daß sie sich irgend welche Bedienung auch nicht mehr halten können, sondern darauf angewiesen sind, auch alle grobe Arbeit selbst zu tun. Und das sind sie nun einmal nicht gewöhnt, das Waschen und Aufräumen ist viel zu anstrengend für den alten, gebrechlichen Körper.

So hat das einst so behagliche Leben einer Stiftsdame in fast jeder Beziehung eine grausame Änderung erfahren, und sie, die es sich nicht nehmen ließen, von ihrem geringen Vermögen auch noch ein wichtiges Liebeswerk zu unterstützen oder in der Stille so manche Wohltaten zu erweisen, müssen jetzt, so schwer es ihnen wird, die Öffentlichkeit um Hilfe bitten. Wollen wir sie umsonst bitten lassen?

\# **Steuererleichterungen bei Errichtung von Neubauten.** In der Ministerratssitzung vom 18. d. Mts. wurde über die Gesetzesvorlage betr. Steuererleichterungen für Neubauten Beschluß gefaßt. Danach sollen Neubauten innerhalb der Städte, Kurorte sowie Anbaute und Umbauten für 15 Jahre von der Grund- und Gebäudesteuer zugunsten des Staates und der Gemeinden befreit werden, falls der Bau innerhalb fünf Jahren nach Bekanntgabe dieses

Gesetzes ausgeführt wird. Das Gesetz bestimmt ferner, daß die Bauten frei von Requisitionen sind und nicht dem Mieterschutzgesetz unterliegen. Diese Erleichterungen können auch Gebäuden, die nach dem 1. Januar 1919 erbaut wurden, zugute kommen, selbst dann, wenn der Bau noch nicht vollendet ist; jedoch muß er innerhalb 5 Jahren zu Ende geführt werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Gesetz noch in dieser Sejmtagung beschlossen werden wird.

× **Auslandsbriefsendungen.** Von der Direktion für Post- und Telegraphie geht uns folgende Mitteilung mit der Bitte um Veröffentlichung zu: Am 1. Oktober d. Js. wird das Postamt 3 Briefsachen, die in den Ämtern Westpolens in geschlossenen Säcken aufgegeben und unmittelbar nach Frankreich, England, Belgien und Holland gerichtet sind, versenden. Zugleich wird dieses Amt 3 unmittelbare Korrespondenz aus diesen Staaten erhalten. Zur Beschleunigung der Absendung dieser Briefsendungen nach Posen — diese gehen gegenwärtig erst nach Warschau, was eine große Verspätung in der Aushändigung bewirkt — ist es angebracht, daß die hiesige Bevölkerung und besonders die Kaufleute, die mit dem Auslande korrespondieren, ihre Interessenten dahin beeinflussen, daß diese den näheren Bestimmungsort, wie z. B. Großpolen, Pommerellen, Posener Teilgebiet usw., angeben.

Erhöhung der postalischen Haftsumme. Am 1. Oktober tritt eine Verordnung des Post- und Telegraphenministeriums in Kraft, nach der die Postverwaltung für einen verlorengegangenen Einschreibebrief dem Geschädigten 500 M. auszahlt (bisher wurden nur 40 M. gezahlt). Die neue Verordnung betrifft nur Einschreibesendungen, die vom 1. Oktober ab aufgegeben werden.

Die Gepäcknetze in den Eisenbahnwagen. Das polnische Verkehrsministerium hat eine Verfügung erlassen, nach der das Eisenbahndienstpersonal in Zukunft mehr acht darauf geben soll, daß die Gepäcknetze in den Waggons nicht von einzelnen Personen allein ausgenützt werden. Jeder Fahrgast darf nur soviel Handgepäck in das Netz legen, als über seinem Sitz Platz ist. Das weitere muß am Gepäckschalter aufgegeben werden.

× **Frühe Kälte.** Heute früh waren die Dächer mit einer glänzenden Reifschicht und kleine Wasserpfützen mit einer dünnen Eisschicht überzogen, nachdem das Thermometer in der vergangenen Nacht auf — 1 Grad Cels. gesunken war.

× **Gefundene Sachen.** In der Zeit vom 11. August bis 1. September sind beim Starostwo Grodzkie folgende Gegenstände als gefunden abgegeben worden: 1 ledernes Portemonnaie mit 220 M. Inhalt; 1 Militär-Rucksack; 1 Aktentasche aus Wachstuch mit einem Hammer, Kanne und Lederriemen; 1 Ohrring (Dublee) mit einem weißen Stein; 1 Grabstein (schwarzer Granit); 16 000 M.; 1 Husarenfigur; 3000 M.; 1 zweirädriger Handwagen; 1 silbernes Medaillon mit blauem Stein und silberner Kette; 1 Brieftasche mit Papieren auf den Namen Antoni Kruge lautend; 1 altes Portemonnaie mit 2065 M. Inhalt; 1 Schlüsselring mit 2 Schlüsseln; 1 Rosenkranz aus brauner Masse mit großem Kreuz; 40 M.; 1 Geldtasche (Lederimitation) 4000 M. Inhalt; 1 alte Geldtasche mit 43 M. und Briefmarken; 1 Haarbürste; 1 Armband aus silbernen Geldmünzen; 1 Paket mit Stickmuster und Perlen; 1 Damenhut (roter Plüsch); 1 Herrenuhr (gebranntes Silber); 1 grauer Herrenüberzieher; 435 M.; 7710 M.; 1 Rosenkranz mit 3 Medaillons und Kreuz; 1 Schlüsselring mit 3 Schlüsseln; 200 M.; 1 lederne Aktentasche mit einer Karte der Waschanstalt „Nowaczyk"; 1 Portemonnaie mit 145 M.; 5065 M.; 1 Paket mit Stiefeln, Hosen usw.; 2012 M.

Großes Theater. Heute, Mittwoch, zum ersten Mal in dieser Spielzeit: „Straszny Dwór" (Gespensterschloß) von Moniuszko mit den Herren Prawdzic (Lemberger Oper), Malawski, Popiel, Płoński, Urbanowicz und den Damen Szafrańska, Marynowiczówna und Zamorska. Am Dirigentenpult Herr Bojanowski. Am Freitag „Madame Butterfly" in alter Besetzung. Am Sonntag, dem 1. Oktober erste Nachmittagsvorstellung zu halben Preisen „Traviata". Der hervorragende Bassist **Adam Didur** wird nur zweimal in Posen auftreten.

Die Botanisch-Zoologische Arbeitsgemeinschaft des Naturwissenschaftlichen Vereins veranstaltet am Sonntag, dem 1. Oktober, einen Ausflug nach den Wäldern bei Promno (Forst Krumfließ). Die Wanderung ist als botanisch und landschaftlich lohnend bekannt. Der slawische Ringwall, der besucht wird, ist einer der größten des Gebietes und ausgezeichnet erhalten. Abfahrt nach Promno 7⁴⁵ früh, zurück nach Posen 8⁴⁰ abends.

× **Verschwundenes Mädchen.** Am Montag, dem 18. d. Mts., früh gegen 7 Uhr hat sich das 18jährige Mädchen Janina Formanowska aus der elterlichen Wohnung in der ul. Św. Wojciech 26/27 (früher St. Adalbertstr.) nach der Arbeitsstätte im Hause Sw. Marcin 24 (früher St. Martinstr.) begeben, ist aber dort nicht eingetroffen und seit dieser Zeit spurlos verschwunden. Sie hat hellblondes Haar, blaue Augen, rundes Gesicht und ist etwa 1,40 Meter groß. Bekleidet war sie mit einem braunen Mantel, grüner Trikotstoffmütze, dunkelblauem Kleid und schwarzen Schuhen. Wer in der Lage ist, über das Mädchen irgendwelche Mitteilung zu machen, wird gebeten dies bei der Polizei zu tun.

× **Rücksichtslosigkeiten auf der Straße.** Die polizeiliche Vorschrift, daß Fuhrwerke mit eintretender Dunkelheit beleuchtet sein müssen, findet nicht immer die erwünschte Beachtung. Namentlich sind es Kraftwagenführer und Radfahrer, bei denen diese Bestimmung in Vergessenheit geraten zu sein scheint. Wie oft werden heute harmlose Straßenpassanten durch das jähe Auftauchen eines Kraftwagens oder eines Radfahrers in jähen Schreck versetzt, weil die Fahrer das Warnungssignal viel zu spät geben, so daß es nicht mehr beachtet werden kann oder der Straßenpassant in Verlegenheit gerät, auf welche Weise er die ihm drohende Gefahr vermeiden soll. Natürlich wählt er meist die verkehrte Richtung, und das Unglück ist fertig. Unter diesen Umständen muß ein energisches Vorgehen gegen unbeleuchtete Kraftwagen und Fahrräder um so mehr gefordert werden, als bei der gegenwärtigen Sparsamkeit in der öffentlichen Straßenbeleuchtung viele Straßen abends und nachts völlig in Dunkel getaucht sind und der Verkehr für Fußgänger und Fuhrwerke nicht ungefährlich ist.

× **Festgenommen** wurden gestern auf dem Hauptbahnhofe zwei Taschendiebe, der 22jährige Josef Majer aus Lodz und der 21jährige Edmund Przybylski aus Posen, die dabei überrascht wurden, als sie bei zwei Reisenden ihre lichtscheue Tätigkeit ausüben wollten.

× **Einbruchsdiebstähle.** Aus einer Wohnung des Hauses ulica Spokojna 29 (fr. Friedenstraße) wurden gestern zwei goldene Trauringe mit den Stempeln 900 und aus einer Gastwirtschaft in der Grochowe Łąki (fr. Südstraße) vier Tischtücher, 2000 Zigaretten und einige Flaschen Schnaps im Gesamtwerte von 100 000 M. durch Einbruch gestohlen.

× **Gefunden** wurde gestern auf dem Bürgersteige in der ul. Kantaka (fr. Bismarckstraße) eine Brieftasche mit 4041 M. polnisch und 50 M. deutsch. Zu besichtigen bei der Kriminalpolizei.

× **Polizeilich festgenommen** wurden gestern vier Betrunkene und acht Dirnen.

Besitzwechsel.

* **Kolmar**, 25. September. Kaufmann Dombrowski hat das Konditor Martensche Haus am Markt für 3 Millionen und die gesamte Einrichtung für 1½ Millionen Mark erworben.

* **Culm**, 26. September. Der früher hier, jetzt in Stettin wohnhafte Photograph Waldemar Rauch verkaufte sein in der Graudenzer Straße 34 belegenes Haus, in dem seit vielen Jahren Konditorei und Kaffeewirtschaft betrieben wird, an den Inhaber und Pächter des Cafés Kozlowski für 3 760 000 Mark. — Der Kätner Franz Damerau in Neugut verkaufte sein Grundstück an den Landwirt Winzenty Jagajewski aus Kleinpolen für eine Million Mark. — Der Besitzer Jakob Zemke in Rosenau verkaufte seine Besitzung an den Besitzer Sabliński aus Posen für 10 000 000 Mark.

---

hm. Buk, 24. September. In der Nacht zum 21. d. Mts. wurde beim Schmiedemeister Bielawski in Sendzin ein schwerer Einbruch verübt. Die verwegenen Banditen nahmen von einem Erntewagen die Wagenleiter ab, erstiegen den Boden der Schmiede, schnitten die Fensterscheiben heraus, gingen über den Boden und beraubten die Räucherkammer. Sodann begaben sie sich an den drei fest schlafenden Schmiedegesellen vorüber in die im Erdgeschoß liegende Schlafkammer der Bielawskischen Eheleute, die derartig fest schliefen, daß die Strolche ungehindert aus dem Kleiderschrank sämtliche Kleidungsstücke, Wäsche und Stiefel ausräumen konnten. Auch sämtliche im Hausflur hängenden Kleidungsstücke ließen sie mitgehen, so daß Bielawski und Frau je nur noch einen Arbeitsanzug übrig behielten. In der Schmiede wurden dann alle geraubten Gegenstände sortiert und das Minderwertige beiseite geworfen. Ein Fahrrad wurde in den Straßengraben geworfen. Geld ist nicht gestohlen worden. Der Wert der Diebesbeute beläuft sich auf 800 000—900 000 M. Die Verbrecher sind leider unbemerkt entkommen, jedoch haben sie in der Schmiede einen Brief verloren, der hoffentlich zu ihrer Entdeckung führen wird.

w. **Wollstein**, 24. September. Die Tollwutverdächtigkeit des vor einigen Tagen hier herrenlos erschossenen Hundes hat sich bestätigt; 12 gebissene Personen sind zur Behandlung in das Landesinstitut nach Warschau gebracht worden. Die Hundesperre ist bis zum 1. Januar 1923 verlängert und die schärfsten Maßnahmen sind angeordnet worden; frei umherlaufende Hunde werden getötet. — Beim Verschieben von Güterwagen entgleisten gestern auf dem hiesigen Bahnhofe zwei Kohlenwagen. Eine Verkehrsstockung trat nicht ein. — Die Kirchensteuern der evangelischen Kirchengemeinde Wollstein sind für das Rechnungsjahr 1922/23 auf 600 v. H. der Einkommensteuersätze von 1921 festgesetzt worden. Der Haushaltsvoranschlag beträgt über 2½ Millionena Mark. Die Gehälter der Kirchenbeamten sind um 100 v. H., die Stolgebühren um 1000 v. H. erhöht worden.

Gedenket an die Deutsche Altershilfe!

* **Bromberg**, 23. September. Die Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte sich am Donnerstag mit einer Reihe von Magistratsanträgen, die mit einer Ausnahme glatt erledigt wurde. Eine lange und lebhafte Besprechung löste die Frage der Verstaatlichung der städtischen Mittelschulen aus. Die Vorlage wurde schließlich zur erneuten Prüfung an die Kommission zurückverwiesen. Von den weiteren Beschlüssen sind folgende hervorzuheben: Der Tarif in der städtischen Markthalle wurde um 200 v. H., mit Wirkung vom 1. September ab erhöht, und zur Einrichtung eines Kinderhorts wurden 100 000 Mark bewilligt. Angenommen wurde auch ein Dringlichkeitsantrag, Baumassen in der ul. Samojskiego und 20. Stycznia an Jan Kłosowski aus Bromberg für 2 Millionen Mark zu verkaufen. In den Wojewodschaftslandtag wurde als Delegierter fast einstimmig der Stadtpräsident Dr. Śliwiński gewählt. — Am „schwarzen Brett" auf dem heutigen Wochenmarkt waren folgende Preise notiert: Butter 1500—1550, Eier 950, Äpfel 30—120, Birnen 50—150, Pflaumen 40—70, Tomaten 180—200, Mohrrüben 30—40 das Pfund, 25—35 das Bündchen, Weißkohl das Pfund 30—40, Rotkohl 60—70, Blumenkohl der Kopf 100—500, Kartoffeln 20, rote Rüben 40—60, Wruken 40—50, Bohnen 60—80, Zwiebeln 100—120 M. Die am „schwarzen Brett" notierten Preise entsprachen größtenteils den wirklich geforderten. Für Butter verlangte man stellenweise 1600 M., jedoch war sie vielfach für 1550 M. erhältlich. — Eine verzweifelte Tat beging gestern vormittag das Hausmädchen Margarete Wagner auf dem Bahnhof von Groß-Neudorf. Sie war von der Polizei wegen Diebstahls von Gold- und Silbersachen bei ihrer Herrschaft, Jahns-Palschin, in Haft genommen worden. Als sie mit den Polizeibeamten auf dem Bahnsteig Groß-Neudorf stand, von wo sie nach Bromberg gebracht werden sollte, und der Zug aus Inowrocław einlief., warf sie sich plötzlich unter die Räder des Zuges und wurde zermalmt.

* **Schlagenthin**, 26. September. Das „Konitzer Tagebl." schreibt: Nachdem am Montag, dem 18. September d. Js., in dem Ansiedlerdorfe Neuhof, Kr. Konitz, von ihren Ansiedlergrundstücken drei Ansiedler exmittiert wurden, ist am 23. auch der hiesige Ansiedler Paul Renk exmittiert und der neue polnische Ansiedler auf dem Grundstücke eingesetzt worden. Bemerkt sei noch, daß sowohl Paul Renk wie auch seine Ehefrau in Pommerellen geboren sind und hier auch stets gewohnt haben, also polnische Staatsbürger sind.

Aus Ostdeutschland.

* **Schneidemühl**, 26. September. Die Verwaltung der hiesigen polnischen Vizekonsuls ist dem Kaufmann Stanislaus Praszycki übertragen worden.

* **Kolberg**, 21. September. Von einem bisher noch nicht ermittelten Diebe wurde aus dem Kommissionssitzungszimmer des Rathauses ein unter Glas aufbewahrtes goldenes Kreuz gestohlen, das von der Tochter Nettelbecks, Frau Pastor Luise Heichler, der Stadt Kolberg zur Erinnerung an ihren Vater geschenkt wurde. Das Kreuz war am 15. Februar 1822 Nettelbecks Tochter von der Prinzessin Marianne von Hessen-Homburg in Anerkennung der hohen Verdienste Nettelbecks geschenkt worden.

Sport und Jagd.

∨ **Pferderennen in Lawica.** Am Sonntag, dem 1. Oktober, ist der erste Renntag der diesjährigen Herbstsaison. An diesem Tage finden 6 Pferderennen und 2 Trabrennen statt. Zu den letzteren haben u. a. Graf M. Czarnecki und Ostoja-Ostaszewski die Beteiligung ihrer Pferde angemeldet. Zu den Pferderennen sind die Meldungen sehr zahlreich, so daß die Wettbedingungen bedeutend bessere zu werden versprechen, als es bei den Frühjahrsrennen der Fall war. Die Sonntagsrennen beginnen um ½2 Uhr. Das letzte Pferderennen ist ein Jagdrennen. Darauf folgen die Trabrennen. Die Distanz bei den Trabrennen beträgt 1600 und 2400 Meter.

∨ **Naprzód (Posen)—Fervor (Kosten)** 4 : 2. Die Posener Mannschaft, so jung wie sie ist, zeigte ein prachtvolles Kombinationsspiel und errang einen schönen Sieg über die physisch starke Kostener Mannschaft.

∨ **„Polonia"— „Ł. K. S."** 3 : 2. Den knappen Sieg der Warschauer auf eigenem Platze hatte man eigentlich erwartet. Und doch behält „Ł. K. S." die zweite Stelle in der Meisterschaftstabelle; denn ein Sieg der Warschauer in dem letzten Spiele gegen „Warta" ist wohl so gut wie ausgeschlossen. Selbst dann würde das bessere Torverhältnis für die Lodzer entscheiden.

∨ **Remis.** Der Länder-Fußballwettkampf zwischen Österreich und Ungarn ist unentschieden ausgelaufen (2 : 2).

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

R. in B. 1. Der Gemeinde steht das Recht zu, den Pachtvertrag zu kündigen, wenn der Jagdpächter sich nicht zu einer zeitgemäßen Erhöhung der Jagdpacht verstehen will. 2. Ungefähr 2700 M. polnisch.

K. P. hier. Zur Reise nach Danzig ist an der Grenze die Vorzeigung des Personalausweises (Wykaz osobisty) erforderlich. An barem Gelde dürfen ohne weiteres 100 000 M. polnisch und 30 000 Mark deutsch mitgenommen werden.

A. B. 500. 1. Die Auseinandersetzung mit Ihren Kindern ist in diesem Falle zwar nicht vorgeschrieben, liegt aber doch in Ihrem und der Kinder Interesse. 2. Ja.

A. P. in O. 1. Die Forderung eines Pachtpreises von 6 Ztr. Roggen für den Morgen Land halten auch wir in einer Zeit, in der man als Durchschnittspacht 1 Ztr. Roggen zahlt, für nicht berechtigt. Sie könnten es in diesem Falle auf eine Klage ankommen lassen. 2. Wir verstehen nicht, was Sie unter dem „sich unterschreiben" für diesen oder jenen Staat meinen. Vielleicht denken Sie an die Option; in diesem Falle zahlt der Staat die Kriegshinterbliebenenrente, für den Sie optiert haben.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	25. September	26. September
4% Pos. Pfandbriefe mit poln. St.	96 +	—,—
4proz. Präm.-Staatsanl. (Miljonówka)	150 + A	150 + A
Bank Poznański	175 + N	—,—
Bank Przemysłowców	200—205 + N	200—205 + N
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-IX. Em.	—,—	220 + N
Polski Bank Handlowy, Poznań	—,—	330—350 + N
Pozn. Bank Ziemian I.—IV. Em.	180—170 + A	180 + A
Arcona	380—400 + N	400—410 + N
Bydgoska Fabryka Mydeł	125 +	—,—
Browar Krotoszyński	1600 + N	1675 + N
H. Cegielski I.—VIII. Em.	375—360 + A	365—355 + A
Centrala Rolników I.—V. Em.	140 + A	—,—
Centrala Skór	260 + N	265 + N
Hartwig Kantorowicz	960—1000 + A	1000—925 + N
Herzfeld-Viktorius	390 + N	390—400 + A
Dr. Roman May	1400 +	1400—1390—1400 + F
Papiernia, Bydgoszcz	270 + N	275—270 +
Patria	—,—	450 + N
Pozn. Spółka Drzewna I.—V. Em.	630—600 + A	625—600 + A
Bracia Stabrowscy Zapałki	250 + N	—,—
Spółka Stolarska	—,—	725 + N
Sarmatia I.—II. Em.	500—520 + N	510—550 + N
Tkanina	—,—	300 +
Tri	180 + A	—,—
Waggon Ostrowo	200 + N	210 + N
Wytwornia Chemiczna I.—III. Em.	—,—	140 + N
Zjedn. Browary Grodziskie	275 + N	275 +

Auszahlung Berlin 6³⁰—²⁰—²⁵. Umsatz: 2 900 000 dtsch. Mk. Dollars 8850—8800.

A = Angebot, N = Nachfrage, + = Umsatz.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 27. September 1922.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	29 500—31 500	Fabrikkartoffeln	2 000
Roggen	17 100—18 100	Speisekartoffeln	2 600
Braugerste	18 000—19 000	Felderbsen	35 000—40 000
Hafer	19 000—19 500	Viktoriaerbsen	45 000—50 000
Weizenmehl 65 %	50 000—51 500	Getreidestroh, lose	5 000
Roggenmehl 70 %	28 000—28 500	" gepr.	5 500
Weizenkleie	9 800	Heu, lose	6 800
Roggenkleie	9 800	" gepr.	7 500

Kleines Geschäftsinteresse. — Stimmung: ruhig.

Posener Viehmarkt vom 27. September 1922.

Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht:

I. **Rinder:** A. **Ochsen** I. Sorte 23 000—24 000 M., II. Sorte 19 000—20 000 M., III. Sorte 8000—8500 M. B. **Bullen** I. Sorte 23 000—24 000 M., II. Sorte 19 000—20 000 M., III. Sorte 8000 bis 8500 M. C. **Färsen und Kühe** I. Sorte 23 000—24 000 M., II. Sorte 19 000—20 000 M., III. Sorte 8000—8500 M. D. **Kälber** I. Sorte 48 000—49 000 M., II. Sorte 42 000—44 000 M.

II. **Schafe:** I. Sorte 29 000—30 000 M., II. Sorte 24 000 bis 25 000 M.

III. **Schweine:** I. Sorte 71 000—72 000 M., II. Sorte 67 000 bis 68 000 M., III. Sorte 58 000—60 000 M.

Der Auftrieb betrug: 238 Rinder, 187 Kälber, 290 Schafe, 538 Schweine. — Tendenz: ruhig; bei Schweinen lebhaft.

Berliner Börsenbericht

vom 26. September.

Diskonto-Komm.-Anleihe	410.—	Polnische Noten	16.75
Danziger Priv.-Aktienbank	350.—	Auszahlung Holland	56 750.—
Ostbank	203.—	" London	6450.—
Hartmann Masch.-Aktien	1149.—	" Neuyork	1460.—
Phönix	3100.—	" Paris	11 150.—
Schuckert	1168.—	" Schweiz	27 300.—
Hapag	738.—	Koehlmann-Stärke	2150.—
3½% Pos. Pfandbriefe	37.75	Ungarische Goldrente	3250.—
Auszahlung Warschau	16.75		

= **Danziger Börse** vom 27. September. **Mittagskurse:** Polnische Mark 18¼, Dollar 1620.

Spenden für die Altershilfe.

Durch Pastor Schletz, Podwegierki, von der Hochzeitsgesellschaft Sabbels-Hackmann in Neutecklenburg	17 400.— M.
Friedrich Körner, Zmysłowo, p. M. Górka	10 000.— "
Tierarzt Henke, Rogoźno,	5 000.— "
Vortrag aus Nr. 218	67 350.— "
zusammen	99 750.— M.

Auswärtige Spender können portofrei auf unser Postscheckkonto Nr. 200 283 Poznań einzahlen bezw. überweisen, dies aber auf dem Abschnitt ausdrücklich vermerken.

Weitere Spenden nimmt gern entgegen und erbittet

die Geschäftsstelle des Posener Tageblattes.

Verantwortlich: für den politischen und den allgemeinen Teil: J. V. Theodor Kanta; für Wissenschaft, Kunst und Handel: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.